

DER STANDARD

WOCHE NENDE



Wie Leonore Gewessler
die Grünen führen will

Interview INLAND S. 29, Kommentar S. 48

Trumps Zollschock und die
unberechenbaren Folgen

AGENDA Seiten 25 bis 27, Kommentar Seite 48

Daheim beim Bischof
und seinen Badeenten

Wohngespräch in den IMMOBILIEN



SA./SO., 12./13. APRIL 2025

ÖSTERREICH'S UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

€ 3,50 | Nr. 10.976

Österreich droht
eine Verschärfung
des Sparpakets

Österreichs Schuldenstand
nähert sich Allzeithoch

Wien — Um die Schieflage beim Budget in den Griff zu bekommen, wird die Koalition aus ÖVP, SPÖ und Neos beim Sparpaket nachlegen müssen. Das zeichnet sich ab, nachdem der Fiskalrat am Freitag eine Analyse zur Haushaltsentwicklung für 2025 und 2026 vorgelegt hat. Trotz der geplanten Sparmaßnahmen wird Österreichs Defizit heuer bei 4,4 und im kommenden Jahr bei 4,1 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen.

In einem EU-Defizitverfahren, auf das Österreich zusteckt, ist vorgegeben, dass sich das Budgetdefizit pro Jahr im Umfang von 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung verbessern muss. Dieses Ziel wird Österreich im Jahr 2026 demnach verfehlt. „Da wird nachgelegt werden müssen“, sagt Fiskalrat-Chef Christoph Badelt. Es gibt konkrete Pläne dazu, wie das gelingen könnte: Im Gespräch ist etwa, die Valorisierung gewisser Sozialleistungen nicht voll umzusetzen. (red)

Seite 33

STANDARDS

Sport	30, 31
Kino, Veranstaltungen	32, 44
Finanzen & Märkte	36, 37
TV, Switchlist	38, 39
Kommunikation, Blattsalat	40
Wetter	44
Rätsel, Sudoku, Schach	14
Leben	L 1, L 2



ILLUSTRATION: ANDREA MARIA DUSL

WAS WOLLEN DIE WIENER?



Liebe Leserinnen und Leser,

Wien ist nicht nur Österreichs Bundesstadt, es ist die Hauptsache dieser STANDARD-Schwerpunkt-ausgabe. Die bevorstehende Wahl kann den Wiener Kosmos neu ordnen – höchste Zeit, die Stadt, ihre Probleme und ihre Chancen zu kartografieren.

Gezeichnet hat unseren Titel unverkennbar Andrea Dusl. Die stellvertretende Chefredakteurin Nana Siebert zeichnet verantwortlich für diese Ausgabe, gestaltet haben sie Iyonne Stark und Armin Karner (Layout) sowie Sophia Aigner und Manfred Pühr (Foto).

Herzlich, Ihr Gerold Riedmann, Chefredakteur

SCHWERPUNKT Seiten 4 bis 22, 40 und 41, Kommentar Seite 48 und im ALBUM

DOROTHEUM
SEIT 1707



Classic Week

Auktionen 24.4. – 29.4.

Alte Meister
Gemälde des 19. Jahrhunderts
Antiquitäten
dorotheum.com

Theodor von Hörmann (1840–1895)
36 x 59 cm, € 35.000 – 60.000

Regierung der letzten Chance

Deutschland und Österreich haben jetzt beide eine Regierung der letzten Chance. Wenn diese Koalitionen versagen, kommen die extremen Rechten an die Macht. In Deutschland liegt die AfD ganz knapp hinter der Union (nach einer Umfrage sogar schon gleichauf), in Österreich lag die FPÖ bei der Wahl schon auf Platz eins und hat sich in Umfragen danach noch leicht verbessert.

Sowohl in Berlin als auch in Wien sind die traditionellen Gründerparteien der jeweiligen Nachkriegsrepublik – Christdemokraten und Sozialdemokraten – noch einmal zusammengekommen, um die Machtübernahme der ganz Rechten abzuwenden. In Österreich waren dazu auch noch die Liberalen in Gestalt der Neos notwendig.

RAU

Was die AfD und die FPÖ mit den jeweiligen freiheitlich-demokratischen Gesellschaften im Sinn haben, sagen sie ja ganz offen: Umbau in ein autoritäres System, Ausschalten der Opposition, Einrichtung einer reaktionären „Volksgemeinschaft“, De-facto-Austritt aus der verhassten EU, Unterwerfung unter die Feinde der liberalen Demokratie, Trump und Putin.

Es gab und gibt umnachtete Konservative, die – wie schon ihre Vorfäder – glauben, man könne die extreme Rechte „einbinden“. Sie haben sich diesmal nicht durchgesetzt. Die neuen Koalitionsregierungen in Deutschland und Österreich sind nach dem Motto „Gefahr erkannt“ entstanden. Nun muss es auch noch heißen: „Gefahr gebannt.“

IN ZEITEN WIE
DIESEN IST
VERTRAUEN
DIE HALBE MIETE.

Gerade in unsicheren
Zeiten sind JP-Immobilien
eine gute Investition.



Wir haben
was
für Sie.

In Wien läuft einiges richtig, sonst wird man nicht mehrmals zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Das bedeutet aber nicht, dass es hier nicht auch Probleme gibt. Die Schulen kommen ans Limit, die Spitäler müssen modernisiert werden, das Wohnen wird teurer. Eine Nachschau in Bezirken, in denen diese Themen evident werden.

Wie stehen's, Wien?

MARGARETEN



FLORIAN SULZER



Kann man so lernen?



Neun von zehn Volksschülern in Margareten haben eine andere AlltagsSprache als Deutsch: Die Schulleiterinnen Susanne Kasché-De Martin (links oben), Maria Gerhold (unten) und Roswitha Gutfreund-Ertl kämpfen darum, dass Integration trotzdem klappt.

Im fünften Bezirk gibt es laut Statistik die meisten Kinder, denen es an ausreichenden Deutschkenntnissen für den Unterricht fehlt. Die Schwierigkeiten sind groß.

Susanne Kasché-De Martin faltet den Zettel und wirft ihn auf den Schreibtisch. Eben ist sie die Liste der Erstklässler fürs nächste Jahr durchgegangen. In fast jeder Spalte, wo die Deutschkenntnisse vermerkt sind, steht das Wort „unzureichend“, nur 13 von 56 Kinder fallen aus der Reihe. „Wie soll unter diesen Umständen der Bildungsauftrag erfüllt werden?“, fragt sich Kasché-De Martin: „Wir sind massiv überfordert.“

Was die Volksschuldirektorin ernüchtert, ist im fünften Bezirk die Regel. Drei Viertel aller Schulanfänger galten im Herbst als „außerordentlich“, konnten also laut offizieller Lesart dem Unterricht mangels Deutschkenntnissen nicht folgen – der höchste Wert in Wien. An der Aussagekraft des Einstufungstests gibt es fachliche Zweifel. Doch selbst wenn man die konkreten Prozentsätze nicht für bare Münze nehmen will, zeigt allein der Vergleich: In Margareten ist das Problem besonders groß.

Wer den Bezirk von der dem Naschmarkt zugewandten Seite betritt, mag das erst einmal nicht vermuten. Doch auf dem Weg in Richtung Südwesten weichen hochpreisiger Bobo-Flair und prächtige Bürgerhausfassaden allmählich dem herberen Charme des alten, von Migranten adoptierten Arbeiterviertels. In der Volksschule Gassergasse nahe dem Gürtel haben aktuell zwölf von 254 Kindern Deutsch als Erstsprache.

Oft genug fehle es noch an anderen Fähigkeiten, die an sich schon in die Schule mitgebracht werden sollten, erzählt Kasché-De Martin. Die Schultasche ein- und ausräumen, ruhig sitzen, zuhören, mit der Schere schneiden, Respekt gegenüber der Lehrerin zeigen: Basics wie diese müssten mühsam erarbeitet werden, ehe an Lernstoff zu denken sei.

Mehr Personal auf allen Ebenen brauche ihre Schule dafür, sagt die Direktorin. Wegen Krankenständen und anderer Ausfälle müsse eine Lehrerin allein in einer Klasse zurechtkommen, Deutschförderkräfte würden notge-

drungen zum Supplieren abgezogen: „Wir stehen mit dem Rücken zur Wand.“

Eine Herausforderung sind dabei nicht nur neu zugezogene Flüchtlingskinder, die mitunter Traumata mitbringen, aber noch keine Bildungsstätte besucht haben. Gut die Hälfte der außerordentlichen Schülerinnen und Schüler Margaretens ist hier geboren.

Im Alltag der „Parallelgesellschaften“ sei Deutsch überflüssig geworden, sagt Maria Gerhold, „sogar beim Arztbesuch“. Dass die Eltern die daraus für ihre Kinder resultierenden Problemen ignorieren, könne sie als Leiterin der im selben Komplex in der Gassergasse angesiedelten Mittelschule jedoch nicht behaupten: „Viele sind bemüht, wertschätzend, aber auch überfordert und ohnmächtig.“ Menschen aus bildungsfernen Schichten neigten dazu, ihren Erziehungsauftrag abzuschließen: „In der Annahme, die Schule wird's schon richten.“

Wie viel sich bewegen lässt

Dass die Volksschule die Defizite nicht kompensieren kann, merkt Gerhold immer dann, wenn sie von der Direktorin zur Mathelehrerin mutiert: „Den meisten aus unseren ersten Klassen fällt es sehr schwer, Textaufgaben zu folgen.“

Wie viel sich in den folgenden vier Jahren Mittelschule bewegen lässt? Den Verdacht des Scheiterns weist Gerhold zurück: „Glücklich sind wir mit der Situation nicht, aber wir nehmen die Herausforderung mit viel Motivation an.“ Nur eine kleine Minderheit verlässt die Schule mit der Perspektive, beim Arbeitsmarktservice zu landen.

Auch in anderer Hinsicht sei die Schule nicht hilflos. Ja, das Nationalbewusstsein der Migrantengruppen münde mitunter in Beflegelungen, und ein paar muslimische Burschen hätten sich zu „Sittenwächtern“ aufgespielt, etwa um Mädchen das Kopftuch aufzuzwingen. Doch durch die Zusammenarbeit mit den Eltern sei es gelungen, diese Anwendungen

„im Keim zu erstickten“. Gerholds dringender Wunsch: dass Sozialarbeiter und Beratungslehrer täglich zugegen sind – und nicht bloß zwei- oder dreimal die Woche.

Von „Überlastung“ spricht Roswitha Gutfreund-Ertl, Leiterin der Volksschule Am Hundsturm nahe der Wienzeile, nur im Zusammenhang mit „Seiteneinstiegen“ aus den Flüchtlingsfamilien, denen oft Grundvoraussetzungen fehlten: „Sie können nicht lesen und schreiben oder wissen nicht, wie man einen Stift hält.“ Die zweimonatigen Orientierungsklassen davor reichten für die Vorbereitung längst nicht aus. Zwar gebe es derzeit weniger als zehn solcher Kinder an der Schule – doch für jedes einzelne sei es ein Jammer, nicht die nötige Unterstützung zu erhalten.

Darüber hinaus aber könne ihre Schule, die dank Ganztagesangebot allerdings auch mehr sozioökonomisch bessergestellte Familien anzieht als die Gassergasse, die Aufgaben gut bewältigen – sofern die Eltern für den nötigen Rahmen sorgen. „Vorlesen!“ ist eine der Empfehlungen, die Gutfreund-Ertl den Vätern und Müttern beim Schulstart in allen erdenklichen Sprachen mitgibt. Und: Smartphonekonsum einschränken! Einmal habe sie Vorschulkinder befragt, was diese am Wochenende unternommen hätten: „Niemand hat was anderes getan, als am Handy zu spielen.“

Sorgen machen Gutfreund-Ertl auch gewisse Berichte von Eltern: Offenbar werde in manchen privaten, aber geförderten Kindergarten kaum Deutsch gesprochen.

Ebenso registriert die Direktorin ein Phänomen, das eine plausible Erklärung bietet, warum Margareten in der Statistik so heraussticht. Obwohl der Migrantenanteil im zehnten, 15. und 20. Bezirk etwas höher ist, liegt der fünfte in puncto Volksschülern mit nicht-deutscher Alltagssprache mit 88,7 Prozent an der Spitze. Offenbar schicken viele autochthone Eltern ihre Kinder woanders in die Schule – in die als gutbürgerlich bekannten Nachbarbezirke Wieden und Mariahilf. *Gerald John*

LEOPOLDSTADT

Beziehungstherapie in Giftgrün

Die Verkehrsachse Praterstraße war der Horror für Radelnde – und Streitthema der Politik. Heute ist alles anders.

Langweilige Dinge können wahnsinnig spektakulär sein. Ein Abend unter der Woche, es herrscht reger Verkehr auf der Praterstraße im zweiten Bezirk. Auf dem breiten, giftgrünen Asphaltstreifen radeln Leute von der Arbeit heim oder transportieren ihre Kinder im Lastenrad. Etwa auf halbem Weg zwischen Praterstern und Donaukanal liegt die heikle Stelle: In der Mitte der Straße befindet sich der Eingang zur U1, Fußgängerinnen und Fußgänger müssen Auto- und Radspuren queren. Aber schau an! Es flutscht. Für eine so stark befahrene Straße ungewöhnlich.

Erhöhtes Stresslevel

Hätte man den Leopoldstädterinnen und Leopoldstädtern vor zehn Jahren gesagt, dass die Praterstraße einmal zum fast luxuriös ausgebauten Fahrrad-Highway wird, sie hätten gelacht – oder empört geschraubt. Die 900 Meter lange Strecke verbindet nicht nur die Innere Stadt mit der Donaustadt, sie ist auch die direkte Verbindung für viele Wiener in den Prater. An den Wochenenden ist deswegen viel los, und je mehr Menschen das Rad nicht nur als Sport-, sondern auch als Verkehrsmittel entdecken, desto enger wird es. Der fehlende Platz erhöhte das Stresslevel, Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmern waren häufig. Das ist heute anders: breite Fahrspuren, großzügiger Vorrang und Platz für unterschiedliche Geschwindigkeiten: Solche Annehm-

lichkeiten gibt es in der Hauptstadt sonst eher für Autos.

Die fahrradfreundliche Praterstraße ist das Produkt jahrelanger verkehrspolitischer Streiterei zwischen Rot und Grün. Die Grünen wollten ab 2015 die Radwege auf Kosten von zwei Autospuren verbreitern, die SPÖ war dagegen. 2022, als der Bezirk von den Grünen an die SPÖ ging, gab es einen Kompromiss: Ein Fahrstreifen ging von den Autos an die Räder.

Die Ausnahme

Für manche blieb die Umgestaltung freilich ein Horrorszenario. „Bald wird es hier Tote geben“, zitierte die *Krone* im Sommer 2024 die Anrainerinnen und Anrainer, als noch keine Zebrastreifen auf den Radweg gemalt waren. Tatsächlich führt die fast ampelfreie Strecke dazu, dass manche Fahrradraser die Rücksicht auf Fußgänger vermissen lassen. Allen anderen wird das Aufpassen leicht gemacht: Auf dem durchgängig grün gefärbten Radweg sind gefährliche Stellen – Hauseinfahrten, U-Bahn-Ausgänge – mit roten Streifen markiert.

Bewegt man sich weiter stadteinwärts, ist der Kontrast enorm. Bei der Urania rettet man sich mit dem Rad von Verkehrsinsel zu Verkehrsinsel, auf dem Ring teilen sich die „Schwächeren“ einen Fuß- und Radweg neben mehreren Autospuren. Obwohl allein 2025 in Wien 24 Kilometer neue Radinfrastruktur entstehen, ist die Praterstraße vor allem eines: eine große Ausnahme.

Sebastian Fellner



Unterschiedliche Verkehrsteilnehmer müssen nicht zwingend clashen – wenn genug Platz da ist.

CHRISTIAN FISCHER

#Ludwig2025

UNSER BÜRGERMEISTER. Dr. Michael Ludwig

AM 27. APRIL



SPÖ
DIE WIENPARTEI.

OTTAKRING

Für Bauleiter Paul Bitzan ist es Musik in den Ohren, wenn der Rüttler brummt und den Beton verdichtet. Hier entsteht ein neues Verwaltungsgebäude der Klinik Ottakring.



Viel Lärm um Klinik

Die Klinik Ottakring ist Improvisation in Bauform. In 15 Jahren soll das anders sein – wenn alles planmäßig läuft.

In der Baugrube am Rande des Areals der Klinik Ottakring verdichten Arbeiter mit dem Rüttler frischen Beton. Das klingt, als würde das Schiffhorn eines Tankers er tönen. In Bauleiter Paul Bitzans Ohren ist es „Musik“. Im zweiten Untergeschoß des neuen Verwaltungsgebäudes am Flötzersteig entstehen dieser Tage 15.000 Quadratmeter Garage.

Der Großteil des Klinik-Ottakring-Areals soll bis 2040 einem modernen Bau-Ensemble weichen. Dann soll die derzeit auf 80 Pavillons verteilte Klinik in vier Gebäuden Platz finden. Mit 1,4 Milliarden Euro Kosten ist es der größte Teil des Modernisierungsprojekts des Wiener Gesundheitsverbunds. Insgesamt sind dafür 6,3 Milliarden Euro bis 2040 eingeplant.

Die Garage beim Flötzersteig wird jene beim Haupteingang des Krankenhauses in der Montleartstraße (früheres Wilhelminenspital) ersetzen. Rechts davon soll 2026 das nächste Bauloch entstehen: für ein modernes chirurgisches Zentrum.

Baulärm über viele Jahre

Peter Gläser, ärztlicher Direktor, wird im neuen Verwaltungsbau ein Büro beziehen. Er kommt gerade von einer Besprechung mit Personal verschiedener Abteilungen. Das Thema: wie welche Bereiche zueinanderstehen – wichtig für die künftige Anordnung von Abteilungen.

15 Jahre lang wird auf dem Klinikgelände Baustelle sein, trotzdem muss der Betrieb weiterlaufen. „Das Hauptaugenmerk liegt darauf, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so erträglich wie möglich zu machen“, sagt Gläser – etwa punkto Lärmbelästigung oder der sich ändernden Wege zwischen Abteilungen. Eine Herausforderung sei, dass so ein Neubau relativ viel Vorlaufzeit habe, sich die Medizin aber schnell verändere. „Es braucht Flexibilität“, sagt Gläser. Die Unfallchirurgie erhält zum Beispiel derzeit einen provisorischen Holzbau zur Überbrückung der Bauzeit.

Flexibel war man für Baumaßnahmen im Wilhelminenspital lange: Das Areal bot zwischen bestehenden Gebäuden viel Platz für Zu-, Umbau und Neubauten. Heraus kam ein zusammengefügtes Ensemble verschiedener Epochen. Von den denkmalgeschützten Pavillons von 1891 im Süden über den 1914 von Otto Wagner errichteten Lupuspavillon bis zu Zubauten aus den 1960ern und Ausbauten der 1990er. Heute hat das Spital 754 Betten und fast 3200 Beschäftigte.

In den vergangenen Jahren sorgten immer wieder Gebrechen in Wigev-Häusern für Schlagzeilen – 2019 ein Wasserschaden in Floridsdorf, Schimmel im kurz vor Fertigstellung stehenden Zentral-OP in Ottakring 2016 oder ein Stromausfall im AKH 2022. Die Rathaus-Opposition kritisiert seit Jahren, dass Wiens Spitäler modernisiert gehören. Mindestens genauso heftig fällt ihre Kritik aber an Arbeitsbedingungen aus, wenn Personalengpässe bekannt werden. In Ottakring ist man personell laut Wigev aktuell gut aufgestellt, gesperrte Abteilungen gebe es keine. Es bestünden aber „Herausforderungen“, etwa in den Bereichen Radiologie, OP-Pflege und Notfallmedizin. Die Stadt hat dem Wigev-Personal neben einer bereits erfolgten Erhöhung der Zulagen eine Anhebung der Grundgehälter versprochen.

Ein Provisorium auf dem Klinikgrund ist der Pavillon 90 für die Psychiatrie, die aus Penzing übersiedelt ist. Der helle, moderne Bau hat 40 Millionen Euro gekostet. Laut Bauleiter Bitzan kann das Haus theoretisch auch 60, 70 Jahre lang halten. Ob es aufgrund der Widmung stehen bleiben darf, ist aber fraglich: Das Psychiatriegebäude ist für zehn Jahre bewilligt, eine Verlängerung wird es brauchen, um es bis zur neuerlichen Übersiedlung der Abteilung in einen Gebäudeteil zu erhalten, der in der letzten Bauphase bis 2040 erfolgen soll – wenn alles nach Plan läuft. Möglicherweise muss zwischenzeitlich improvisiert werden. Es wäre nicht das erste Mal.

Gudrun Springer

FAVORITEN

Die Kinder aus dem zehnten Hieb

Brutale Jugendbanden dominieren die Schlagzeilen. Das stört viele Jugendliche – weil der Stress auch sie trifft.

An der Wand im Jugendzentrum Sonnwendviertel im zehnten Wiener Bezirk picken selbstgezeichnete Poster der Helden aus der Animeserie *Dragonball Z*. In dem großen Raum gibt es Wuzel- und Tischtennistische, eine Playstation, dazu ein Café mit Kochmöglichkeiten; im Turnsaal der Schule nebenan können sich die Kids körperlich austoben. In einem schmalen Holzregal liegt ein Haufen bunter Knetbälle. Wenn ihnen das Reden schwerfällt, dann drücken die Jugendlichen darauf herum.

Einen Satz sagen aber die meisten hier sehr bestimmt und klar: „Wir sind nicht alle so wie die.“

„Die“, damit sind die Jugendbanden aus Favoriten gemeint, die seit einigen Monaten die Schlagzeilen mit brutalen Raubüberfällen, Messerattacken oder mutmaßlichen Vergewaltigungen dominieren – auch die des STANDARD. Es sind bedrückende Taten, die viele ratlos zurücklassen.

Es sind diese Fälle, die im Wiener Wahlkampf emotionalisieren. In der Politik werden sie oft mit rigidem Fordern verknüpft: von einer „Zwangshaltung“ der Kids in Jugend-WGs bis zur Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre ist die Rede. Die FPÖ nutzt das Thema Jugendkriminalität zudem massiv, um Abschiebungen zu fordern, weil viele der betroffenen Kids eine Flucht- und Migrationsgeschichte haben. Favoriten wird dabei als Problembezirk schlechthin stilisiert.

Das geht auch an den Jugendlichen im Sonnwendviertel nicht spurlos vorüber. „Das stört sie“, sagt Magdalena Mangl, pädagogische Bereichsleiterin des Vereins Wiener Jugendzentren. Weil sie sich mitgemeint fühlen. Wohl nicht ohne Grund: „Kaum sitzt eine männliche Jugendgruppe im Park und hört etwas zu laut Musik, wird ange nommen, dass das gewaltbereite Burschen sind – und schon wird die Polizei gerufen.“ Das hängt auch mit der negativen Berichterstattung zusammen, meint Mangl: „Die Leute reagieren viel schneller darauf.“

An diesem Nachmittag kicken zwei Burschen einen Ball auf dem Asphalt hin und her, die Stimmung ist gut. Einer ruft nach jedem Schuss, nach jedem Trick laut: „Na do schau her!“

Kleinere Konflikte wegen der Lautstärke oder Rivalitäten beim Sport seien der Alltag, nicht die Jugendbanden, sagen Yaldiz und Mangl. Sie seien dann Vermittlerinnen. Das Wichtigste dabei: „Beziehungsarbeit“, meint Yaldiz.

Die passiert auf unterschiedliche Weise. Mit Sportturnieren im Park, Spray-Aktionen – oder einem Nachbarschaftsfest. „Der öffentliche Raum ist für Jugendliche viel Bühne“, sagt Mangl. „Wenn du ihnen eine echte Bühne hinstellst und sie ihre ersten Raps performen können, ist das ihr schönster Tag im Leben.“ Die Kids seien einfach oft überfordert. In ihrer Pubertät, aber auch damit, was sie jeden Tag auf Tiktok sehen: Gewalt, Krieg, Fake News oder Trends wie die „Tradwives“, die ein antiquiertes Frauenbild propagieren.

Yaldiz und Mangl hören zu, was die Kids bewegt, suchen mit ihnen nach Antworten. Burschen etwa fällt es oft am Kickertisch leichter, über Kränkungen zu reden oder zuzugeben, dass sie geweint haben. Und wenn das Reden doch schwerer fällt, liegen immer noch die Knetbälle im Regal.

Jan Michael Marchart

Magdalena Mangl und Lisa Yaldiz kennen die Kids im Zehnten: „Niemand muss mit uns zu tun haben – aber das Angebot steht.“



FLORIAN SULZER

MEIDLING

Die Stadtteilexperten der Gebietsbetreuung: Dario Unterendorfer, Bea Vogler-Kautz und Daniel Dutkowski.



CHRISTIAN FISCHER

Bauen, was das Zeug hält

Meidling hat einen Bauboom erlebt. Eine Erfolgsgeschichte, oder der Beginn der Gentrifizierung von 1120 Wien?

An einigen Fenstern schützen bereits Vorhänge vor neugierigen Blicken ins Innere. Und auch ein paar der Windfänge vor den separaten Eingängen zu den Wohnungen im Parterre sind mit zusätzlichen Sichtschutzplanen gesichert. Neugierige Blicke gibt es hier nämlich viele.

Das mag zum einen an der stark frequentierten Kreuzung liegen, an die der Neubau in rasanter Geschwindigkeit hingeklotzt wurde. Zum anderen daran, dass hier an der Grenze der Meidlinger Bezirksteile Untermeidling und Gaudenzdorf nun anstelle des zweistöckigen Hauses, wie man sie aus der Vorstadt kennt, eben ein klobiger Wohnblock steht, der an seiner höchsten Stelle sieben Etagen misst.

Die Wohnungen in den ersten drei Etagen sind großteils schon verkauft, jene in den drei Stockwerken darüber zur Hälfte. Lediglich die im zweiten Dachgeschoß sind noch zu haben. Auf satte 1,3 Millionen Euro kommen hier knappe 110 Quadratmeter – Eichenparkettböden, edle Sanitäranlagen und smarte Elektronik inklusive.

„Urbanes Wohnen“ betitelt der Immobilienentwickler das Projekt auf seiner Website. Das „hippe Viertel rund um den Meidlinger Markt“ sei „dank seiner lebendigen Nachbarschaft und perfekten Anbindung vor allem bei Entrepreneuren, Jungdesignern und innovativen Gastronomen beliebt“, steht dort zu lesen.

Fragt man die Stammkunden des türkischen Supermarkts an der nächsten Straßenecke, ob sie sich des hippen Viertels gewahr sind, in dem sie wohnen, erntet man maximal ein müdes Lächeln, und die Herrenpartie, die etwa hundert Meter die Straße hinunter auf einer Parkbank eine Pause vom Gassigehen einlegt, quittiert die Frage mit einem freundlichen: „Geh, putz di.“

Gute Lage als Asset

Der einstige Arbeiterbezirk durchläuft seit einigen Jahren eine Metamorphose: Seit 2014 ist die Bezirksbevölkerung um fast zwölf Prozent gewachsen, in manchen Straßenzügen wurde so viel gebaut, dass die Grätzeln kaum wiedererkennen sind. Ganze Stadtteile wurden neu errichtet.

Denn Meidling hat aufgrund seines größten Assets Begehrlichkeiten geweckt: Er ist der vielleicht zentralste der Wiener Außenbezirke und mit dem Bahnhof, der U4, U6 und wahrscheinlich auch irgendwann der U5 gut angebunden.

Nachfrage erhöht die Preise

Der Bauboom der letzten Jahre macht sich inzwischen nicht nur im Stadtbild bemerkbar, auch die Preise haben angezogen: Der Quadratmeter Baugrund kostet aktuell laut Statistik Austria mit durchschnittlich 1132 Euro fast gleich viel wie im noblen Hietzing und liegt somit bedeutend über den 872 Euro, die er im benachbarten Favoriten wert ist. Dass die durchschnittli-

chen Mietpreise zwar kontinuierlich, jedoch weniger stark als in anderen Bezirken gestiegen sind, mag am hohen Anteil an Gemeinde- und geförderten Wohnbau liegen, in denen fast die Hälfte der rund 101.700 Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks leben.

Was macht der Zuzug mit dem Bezirk? Verdrängen die neuen kaufkräftigeren Bewohner der Eigentums- und Anlegerwohnungen nach und nach die vielfach migrantischen und finanziell schwächeren Alt-Meidlinger? Hat die Gentrifizierung von 1120 Wien begonnen?

Eine Antwort erhält man auf der linken Seite des Wien-Flusses, in Rudolfsheim-Fünfhaus, wo die auch für Meidling zuständige Gebietsbetreuung ihr Stadtteilbüro betreibt.

„Was wir – speziell in Untermeidling – sehen, ist eine Aufwertung, keine Gentrifizierung“, erklärt Daniel Dutkowski. Die Stadtteilexperten und -expertinnen sind eine Anlaufstelle, was Wohnen, Nachbarschaft und städtische Entwicklungen betrifft, und haben auch in den Meidlinger Vierteln einige Projekte wie Gemeinschaftsgärten und andere Initiativen ins Rollen gebracht.

Gerade bei Neubauprojekten werde viel in Community-Building investiert, sagt Dutkowskis Kollege, Dario Unterendorfer. „Auch den Alteingesessenen tut der Wandel und die Neumischung gut.“ Voraussetzung für das Gelingen seien konsumfreie öffentliche Räume, in denen man einander begegnen könne, sagt Gebietsbetreuerin Bea Vogler-Kautz. In Meidling sei die Bezirksvorsteherin sehr bemüht und würde die Bevölkerung bei der Gestaltung einbeziehen.

Ende des Baubooms

Zurück auf der rechten Wienflusseite, im Amtshaus Meidling, in dessen zweitem Stock sich das Büro des roten Bezirkvorstehers Wilfried Zankl befindet. Er ist mit den Entwicklungen in seinem Bezirk sichtlich zufrieden.

„Der große Bauboom ist schon wieder vorbei“, sagt Zankl. Verdrängungsmechanismen sieht er keine. Immerhin wurden in den letzten Jahren auch zwei neue Gemeindebauten sowie hunderte günstige Wohnungen gebaut. Auch auf dem freifinanzierten Wohnungsmarkt seien die Mieten im Vergleich zu anderen Bezirken nicht exorbitant in die Höhe geschossen. Jetzt gelte es in Sachen sozialer Infrastruktur und öffentlichem Raum nachzu ziehen.

„Wir spüren jetzt natürlich mehr Druck auf den öffentlichen Raum, weshalb wir einige Parkanlagen umgestalten. Auch was Mittelschulen und Kassenärzte betrifft, werden wir künftig noch Bedarf haben“, sagt der Bezirksvorsteher.

Ein paar Baubrachen gebe es noch, sagt Zankl. „Aber eigentlich ist Meidling fertig. Es gibt keine grüne Wiese und keine klassischen Brownfields, die man noch bebauen könnte. Wenn der Bezirk noch wächst, dann über Nachverdichtung des Bestands.“

Birgit Wittstock

Eine ziemlich sichere Bank

Unser Autor ist von Hamburg nach Wien gezogen. Lange hat er sich gefragt: Wie kann die österreichische Politik so wunderlich, die Hauptstadt aber die bestregierte der Welt sein? Er hat eine Theorie. Sie hat mit Parkbänken zu tun.

ESSAY: Michalis Pantelouris



Nehmen Sie
Platz, lehnen Sie
sich mal zurück!
SOPHIA AIGNER

Es gibt schöne Parks in meiner Heimatstadt Hamburg, und viele davon. Es ist eine grüne Stadt am Wasser. Wenn Sie einmal dort sind, was ich sehr empfehle, dann gehen Sie unbedingt in einen der Parks. Vom Eingang aus werden Sie irgendwo am Horizont eine Bank sehen. Die Entfernung muss danach gewählt sein, dass die Bank als lebensrettende Maßnahme für ältere Mitbürger dienen kann, die drohen, an einem Herzinfarkt zu sterben, wenn sie sich nicht endlich setzen können. Ansonsten sitzt man in Hamburg nicht. Das war der erste Hinweis für mich, dass ich wirklich in einer anderen Welt bin, als ich zum ersten Mal nach Wien kam: In den Parks sind die Wege mit Bänken gesäumt. GESÄUMT! Es gibt nicht einfach doppelt, dreimal oder zehnmal so viel Sitzmöglichkeiten wie in meiner Heimatstadt. Es gibt tausendfach mehr Sitzplätze. Es fühlt sich an – und bitte kommen Sie näher, ich traue mich eigentlich nicht, das laut zu sagen –, es fühlt sich an, als ob es in Ordnung wäre, sich zu setzen.

In Hamburg machen wir das nicht. Wir sitzen nur, wenn es gar nicht anders geht, oder als eine Art Protest: In meinem Stadtteil St. Pauli „cornern“ die jungen Menschen, das heißt, sie sitzen auf dem Randstein. Wo auch sonst, es gibt ja keine Bänke. Und jetzt stellen Sie sich vor, wie ein Hamburger in einem Wiener Kaffeehaus sitzt und nicht fassen kann, dass er weder alle zehn Minuten etwas bestellen oder sofort wieder gehen muss, sondern dass er sitzen darf. Einfach so, ohne weiteren Grund. Sehen Sie es bildhaft vor sich? Ja, das bin ich. Seit ein paar Tagen lebe ich hier. In der Welthauptstadt des Sitzens.

#WienLiebe

Seit fast acht Jahren liebe ich eine Wienerin, was auch bedeutet, dass ich seit fast acht Jahren zumindest am Rande meiner Wahrnehmung mitbekomme, was in Wien und dem Rest von Österreich passiert. Und ich sage es offen: Vieles fand ich merkwürdig. Da musste eine Präsidentenwahl wiederholt werden, weil die Briefumschläge nicht klebten. Ein aberwitzig junger, auf dem Papier wertkonservativer Kanzler hatte offenbar interne Machtkämpfe mit gekauften Gefälligkeitsumfragen in Zeitungen für sich entschieden. Die Grünen spalteten sich über sexuelles Fehlverhalten. Die Sozialdemokraten schafften es, einen falschen Vorsitzenden zu präsentieren, weil sie bei der Wahl in einer Excel-Tabelle verrutscht waren. Spitzenvertreter der heute stärksten Partei haben noch vor wenigen Jahren in einer bemerkenswert würdelosen Aktion vermeintlichen russischen Oligarchen gefühlt das halbe Land zum Kauf angeboten – und werden trotzdem wieder gewählt. Ich kann das nicht erklären. Ich muss das auch nicht erklären, aber Sie können sich vorstellen, wie niedrig meine Erwartungen daran waren, wie es wohl in Wien zugeht. Ich dachte, die Menschen hier sitzen im Kaffeehaus, re-

den über Opern, und um sie herum bringt die Welt zusammen.

Und dann das.

Die Straßen sind sauber. Die Bim fährt, pünktlich und oft und für einen Euro am Tag. Die Mieten sind bezahlbar (ich weiß, das fühlt sich für viele Wiener nicht so an, aber glauben Sie mir: Ich habe schon in Berlin, München und in Zürich gelebt, und selbst im Vergleich zum gerade noch erträglichen Hamburger Wohnungsmarkt ist Wien ein Mieterparadies). Ich habe von den Freak-Verbrechen gegen Frauen gelesen, und ich möchte das nicht in

irgendein Verhältnis setzen, aber ich habe auf der ganzen Welt eigentlich keine Stadt erlebt, die sich Tag und Nacht so sicher anfühlt wie Wien. Ich sitze hier – und hier darf man ja sitzen! – und frage mich: Wie kann es sein, dass in einem Land gleichzeitig Spitzenpolitiker Korruption als Betriebssystem verstehen und Wahlen vom Briefumschlag bis zur Auszählung offensichtliche Kompetenzgrenzen aufzeigen, und dann ist das Zentrum des Landes die bestregierte Stadt der Welt? Und das nicht erst seit neuestem, sondern – Stichwort Ge-

meindebau – seit mehr als hundert Jahren?

Um Menschen herum gebaut

Ja, ich höre es dauernd: Wien ist nicht Österreich, aber das halte ich mit meinem Blick von außen nicht für ganz richtig, denn ein gutes Drittel der Landesbevölkerung lebt im Großraum Wien. Natürlich ist Wien Österreich. Aber ich habe eine Theorie, was es unterscheidet vom Rest der Welt. Es sind die Bänke.

Ich komme aus einer Kaufmannsstadt. In Hamburg sitzt man nicht herum, weil man Geschäfte zu

machen hat. Unser Weltkulturerbe, die Speicherstadt, ist das größte zusammenhängende Ensemble von Lagerhäusern der Welt. Lagerhäuser. Die Stadt wurde um Waren herum gebaut. Wunderschön, erfolgreich, auch gut regiert. Aber Wien, die Weltstadt, dieses politische Weltzentrum, war immer zuerst Treffpunkt. Sie wurde um Menschen herum gebaut, und das hat ausgestrahlt auf alles und jeden hier. Schauen Sie sich um auf der Welt, es ist ein recht seltenes Konzept. Eine Stadt für Menschen. Ich glaube, das ist meine Stadt.

WIENER STADTWERKE

Unser Antrieb. Eure Stadt.

Die Wiener Stadtwerke-Gruppe gestaltet eure Zukunft und sichert mehr Lebensqualität für Wien.

Mit rund 18.000 engagierten Mitarbeiter*innen sorgen wir dafür, dass eure Stadt Tag für Tag reibungslos funktioniert. Vom öffentlichen Verkehr bis hin zu nachhaltiger Energie – wir schaffen die Grundlagen für ein lebenswertes Wien, in dem 2 Millionen Menschen sicher, komfortabel und unbeschwert leben können.

WIENER STADTWERKE GRUPPE

WIENER LINIEN | WIEN ENERGIE | WIENER NETZE | WIENER LOKALBAHNEN | WIPARK | WIEN IT | BESTATTUNG WIEN | FRIEDHÖFE WIEN | IMMOH! | GWSG

Knapp 20 Milliarden Euro gibt die Gemeinde Wien pro Jahr aus. Wohin fließt dieses Geld? In welchen Bereichen sind die Kostenanstiege besorgniserregend? Und wie problematisch sind die Schulden wirklich? Wien – ein Kassasturz.

Joseph Gepp

Kassasturz!

Mehr als 1,6 Milliarden Euro. So hoch war das Defizit der Stadt Wien im Jahr 2024. Es war das höchste Bundesländerdefizit – mit Abstand. Abgeschlagen auf Platz zwei folgt die Steiermark mit nur etwas mehr als einer halben Milliarde Euro Minus; als einziges Bundesland leicht positiv bilanziert hat Oberösterreich.

„Ist die Stadt Wien bereits pleite?“, fragt folgerichtig die oppositionelle Wiener FPÖ.

Nun, so leicht ist es bei weitem nicht. Denn Wien – da sind sich die Föderalismusexperten im Land einig – lässt sich mit den anderen acht Bundesländern nicht vergleichen. Die Stadt steht nicht nur vor völlig anderen Herausforderungen als das flache Land, betreffend etwa das Management des äußerst starken Bevölkerungswachstums oder den U-Bahn-Ausbau. Mehr als das, denn Wien ist außerdem zugleich Bundesland und Gemeinde: Deshalb sind die Zuständigkeiten völlig andere als in anderen Ländern – und die Finanzlage, die stark davon beeinflusst ist, ist nicht zu vergleichen.

Das Wiener Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) hat deshalb eine Kalkulation angestellt, die eine Vergleichbarkeit ermöglicht – die Gemeindeaufgaben von Wien wurden, wenn man so will, herausgerechnet. In dieser Darstellung liegt Wien in Sachen Finanzlage und Verschuldung und Finanzlage ungefähr im Durchschnitt der Länder.

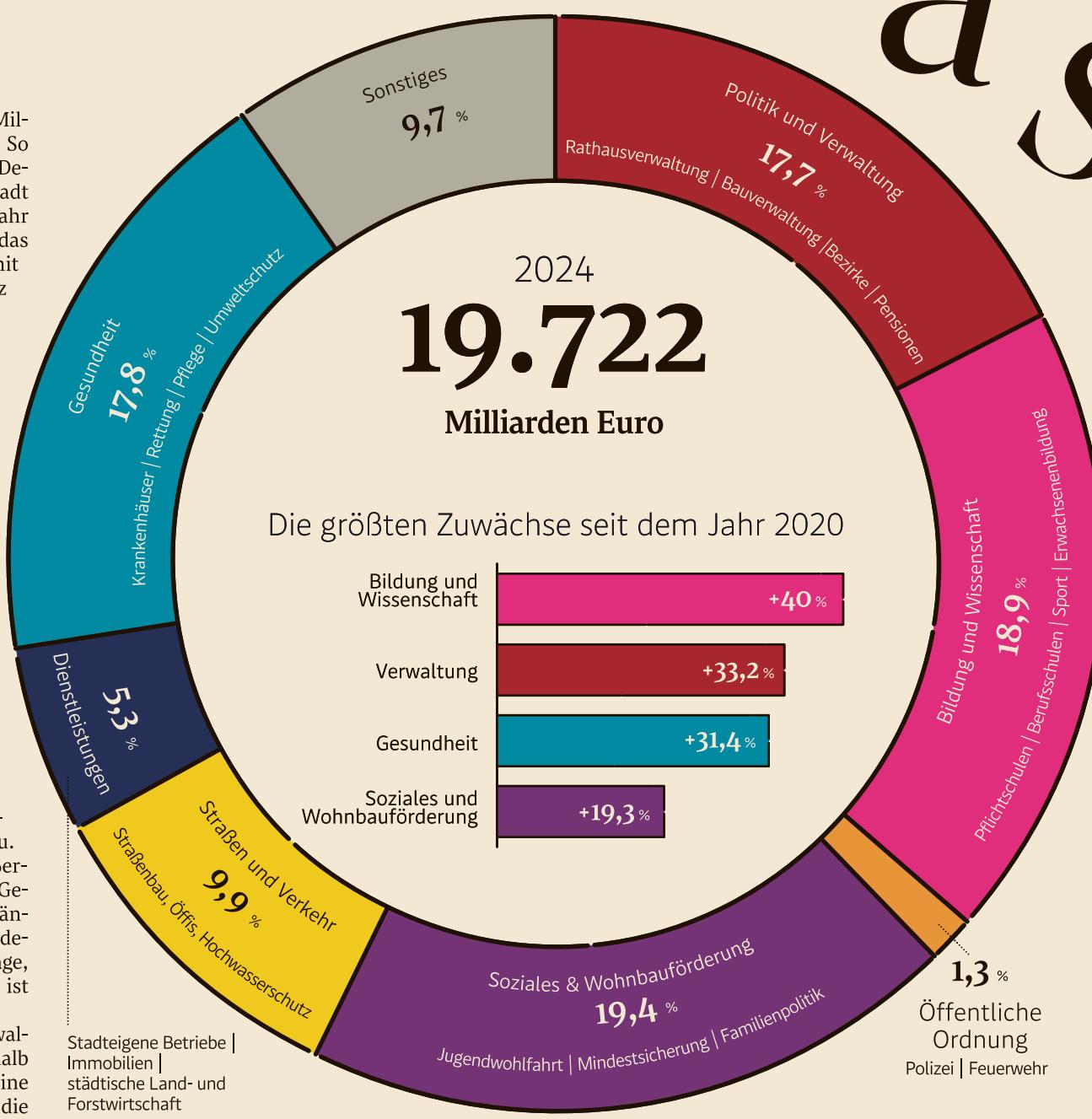
Dennoch besteht in manchen Bereichen Grund zur Sorge. Denn ausgerechnet bei einigen jener Ausgabenposten, die die größten im städtischen Budget darstellen, zeigen sich auch die rasantesten Kostenanstiege.

Im Jahr 2024 gab die Stadt laut dem Online-Tool Offenerhaushalt.at, das ebenfalls vom KDZ betrieben wird, insgesamt 19,722 Milliarden Euro aus (siehe Grafik). Der Löwenanteil davon – jeweils knapp 20 Prozent – floss in die Bereiche Gesundheit, Bildung und Soziales. Also etwa in: Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Pflege, Sozialhilfen und in die Mindestsicherung.

Extreme Anstiege

Das sind eben die Bereiche, die sich in den vergangenen Jahren mit extremer Dynamik entwickelt haben. Beispiel Gesundheit: Hier wuchsen die Ausgaben seit dem Jahr 2020 um 31,4 Prozent an. Bei den Bereichen Soziales und Wohnbauförderung waren es 19,3 Prozent; im Bildungs- und Wissenschaftssektor gar stolze 40 Prozent.

Im aktuellen Doppelbudget für die Jahre 2024 und 2025 geht das Tempo des Anstiegs ungebremst weiter. Der Gesundheitsbereich erhält 18,5 Prozent mehr als im vorangegangenen



Quellen: Offenerhaushalt.at, CDZ | DER STANDARD

Doppelbudget, insgesamt 6,4 Milliarden Euro. Der Bildungsbereich wächst um 16 Prozent, die Kinderbetreuungsbereich um 18 Prozent. Insbesamt fließt fast die Hälfte des Doppelbudgets in die Bereiche Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung und Soziales – wobei Letzteres auch die Pflegekosten beinhaltet.

Was besagen diese Zahlen? Zum einen spiegeln sie wider, dass Wien eine stark wachsende Stadt ist: Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 nahm die Bevölkerung um rund eine halbe Million Menschen zu, was Herausforderungen etwa im Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich bringt. Andererseits: Wien altert, genauso wie der Rest des Landes. Der demografische Wandel treibt Gesundheits- und Pflegekosten hoch.

Dies erklärt auch, warum das Defizit in Wien höher ist als in anderen Bundesländern – es sind nämlich hauptsächlich Gemeindeaufgaben, die die Kosten hochtreiben und die anderen Ländern erspart bleiben. Vor allem Gemeinden seien mit hohen Ausgabensteigerungen konfrontiert, konstatieren Experten: „Zunennen sind insbesondere inflationsbedingte Anstiege bei Sach- und Personal-

kosten“, berichtete kürzlich das KDZ. Auch die Gesundheits- und Sozialausgaben würden sich „aufgrund von Demografie und Preissteigerungen äußerst dynamisch“ entwickeln. Durchschnittliche Einnahmensteigerungen auf Gemeindeebene von jährlich vier bis fünf Prozent stehen Ausgabensteigerungen von sechs bis zehn Prozent gegenüber – diese Rechnung geht nicht auf.

Fast die Hälfte der Gemeinden wird deshalb laut aktuellen Prognosen bald Probleme haben, ihre Kosten decken zu können. Gerät dies zum Dauerzustand, kann das jeweilige Bundesland über die Gemeindeaufsicht gar eine Art Ausgaben sperre verhängen und die Gemeinde zu Sparmaßnahmen zwingen.

Immerhin: Dieses Schicksal wird Wien garantiert erspart bleiben – denn weil es ja zugleich Bundesland ist, fällt es nicht unter dieses Regime. Dass Wien nicht unter die Kuratel eines Landes gestellt werden kann, weil es selbst eines ist, ist nur einer der Vorteile, die die Doppelrolle als Stadt und Land bringt: Wien hat auch in Sachen Finanzierung deutlich größere Spielräume als gewöhnliche Gemeinden.



Letztere müssen im Wesentlichen ausgeglichen bilanzieren – falls nicht, können sie höchstens einen Bankkredit aufnehmen. Ein Bundesland hingegen bekommt nicht nur Mittel aus dem Finanzausgleich zugewiesen, es kann auch etwa, wie die Republik, Anleihen begeben – was finanziell deutlich besser ausfällt als Bankkredit. „Wien als Land hat die Finanzierungsmöglichkeit im Wege der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA)\", heißt es im Finanzschuldenbericht der Stadt für das Jahr 2023. Und davon macht man reichlich Gebrauch: 98,5 Prozent der Schulden kamen, Stand Ende Dezember 2023, von der OeBFA; nur der kleine Rest von 1,5 Prozent waren Kredite und Darlehen.

Dies – und natürlich auch Wiens Größe und wirtschaftliche Bedeutung – versetzt die Hauptstadt in die Lage, durchaus kräftig zu investieren, trotz der angespannten Kostenlage in einigen Bereichen. Immerhin: Dieses Schicksal wird Wien garantieren erspart bleiben – denn weil es ja zugleich Bundesland ist, fällt es nicht unter dieses Regime. Dass Wien nicht unter die Kuratel eines Landes gestellt werden kann, weil es selbst eines ist, ist nur einer der Vorteile, die die Doppelrolle als Stadt und Land bringt: Wien hat auch in Sachen Finanzierung deutlich größere Spielräume als gewöhnliche Gemeinden.

So fließen laut Stadt in den Jahren 2024 und 2025 insgesamt rund 7,2 Milliarden Euro in allerlei Investitionen, ein 24-prozentiger Zuwachs gegenüber dem vergangenen Doppelbudget. Viele dieser Investitionen obliegen ausgelierten Unternehmen wie den Wiener

Stadtwerken. So steckt etwa die stadtige Wien Energie hohe Summen in die Dekarbonisierung des Strom- und Wärmesektors; ebenso fließt Geld in den Ausbau der U-Bahn und anderer Öffis. Im Vorjahr gingen rund zehn Prozent aller Ausgaben in den Bereich Straßen und Öffis.

Das Rathaus lobt sich gern dafür. Die Investitionen würden höher ausfallen als in „vergleichbaren Metropolen wie Hamburg oder München“, heißt es im Wiener Budgetvoranschlag 2025. „Die hohen Investitionen sind Ausdruck unserer aktiven Standortpolitik, die die Konjunktur ankurbelt“, sagte der damalige Finanzstadtrat und nunmehrige Infrastrukturminister Peter Hanke (SPÖ) bei der letzten Budgetpräsentation – inzwischen wurde Hanke von Christoph Maschek als Hüter der Wiener Finanzen abgelöst.

Es geht dabei um viel: In Wien leben 22 Prozent der österreichischen Bevölkerung – Tendenz steigend –, die 25 Prozent des gesamtstaatlichen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, also überproportional viel. Die urbane Dynamik hat aber auch hohe Kosten zur Folge. In manchen Bereichen, etwa bei der Gesundheit, laufen sie allmählich aus dem Ruder. Es ist zwar das gleiche Problem wie bei anderen Gemeinden. Nur geht es in Wien gleich um Milliarden.



HELENA LEA MANHARTSBERGER

Nur net schurln*

* hektisch sein

Vom dunkelblauen Anzug ist nichts mehr zu sehen. Nur die rot und hellblau gestreifte Krawatte blitzt noch unter dem schneeweißen Mantel hervor.

Auf dem Kopf trägt Michael

Ludwig eine weiße Konditormütze. Die ist so hoch, dass er auf dem Weg in die Backstube fast den Türrahmen streift. Im Raum hängt der Duft von Ostergebäck, aus dem Radio schmettern die Backstreet Boys gerade „Tell me why“.

Sag mir, warum. Das könnte man sich ange- sichts der schrägen Situation tatsächlich fragen. Aber es ist eben Wahlkampf. Und der führt dazu, dass sich Wiens Bürgermeister Ludwig Ende März um neun Uhr früh beim Betriebsbesuch der k. u. k. Hofzuckerbäckerei Heiner in Simmering bereitwillig in Weiß kleiden und in die Herstellung des Plundergebäcks namens „Bürgermeister“ einschulen lässt.

Ludwig ist interessiert, er schäkert mit den Angestellten, rollt den Bürgermeisterteig zu einer undefinierbaren Form. „Etwas bunkert ist es geworden“, sagt Ludwig. Das ist wienerisch und bedeutet: etwas dick und gedrun- gen. Als Mitarbeiter Ludwig darauf hinweisen, dass er bei der Beigabe der geriebenen Haselnüsse etwas zu sparsam gewesen sei, lächelt der Stadtchef: „Wollen Sie meine Leis- tung konterkarieren?“

Ein Heimspiel in Simmering

Schauplatzwechsel. Nur knapp 15 Minuten später steht Ludwig – diesmal nur im dunkelblauen Anzug – in der Hauptwerkstätte der Wiener Linien in Simmering. Für Ludwig ist der Auftritt ein Heimspiel: Vor hunderten Mitarbeiterinnen und Lehrlingen der städtischen Verkehrsbetriebe streicht der Stadtchef die Leistungen des Personals und der Lehr- lingsausbildung hervor. An Betriebsräte und Gewerkschafter verteilt er verbale Schulter- klopfen: Diese hätten für Gehaltsabschlüsse gekämpft, „die auch für uns nicht einfach zu verdauen waren“, sagt Ludwig. Das klämme Wiener Budget? Bitte nur ein Randthema.

Nach der kurzen Rede bitten Lehrlinge den Bürgermeister um Selfies und sogar um Auto-

gramme auf ihrem Blaumann. Mitarbeiter Kevin Heilmeier zeigt dem Stadtchef ein 13 Jahre altes Foto. Darauf zu sehen: der damals 18-Jährige, ein paar andere Personen – und Ludwig, damals noch Wohnbaustadtrat.

Termine im Stakkato

Ludwig habe ihnen 2012 eine Dankesmedaille überreicht, erzählt Heilmeier stolz. Weil er mitgeholfen habe, nach dem Ausbruch eines Brands in einem Gemeindebau Nach- barmen gerade noch rechtzeitig zu warnen. „Und

jetzt bin ich hier bei der Betriebsfeuerwehr“, sagt er. Natürlich gibt es ein aktuelles Foto mit Ludwig – diesmal als Bürgermeister. Bevor es zum nächsten Termin geht, ist Ludwig mit den Bediensteten noch eine Leberkäsesemmel vom selbst organisierten Buffet; auch eine Diskussion mit jungen Mitarbeitern über Schweißnähte ist noch drin.

Seit Wochen absolviert Ludwig neben seinen regulären Meetings als Bürgermeister im Stakkato Wahlkampf-

auftritte für die SPÖ. Die Arbeitstage sind sehr lang und intensiv, bis zur Wien-Wahl am 27. April geht es in diesem Tempo weiter. Veranstaltungen, wo es zu Reibungen kommen könnte, will Ludwig, zumindest so gut es in einem Wahlkampf geht, bisher aus.

Geschwänzt hat er etwa die Eröffnung des „Steiermark-Frühlings“ Ende März mit dutzenden Gastro-Standln und tausenden Gästen samt Polit-Prominenz auf dem Wiener Rathausplatz – dabei wurde der Bürgermeister von den Organisatoren des Festes im Vorfeld extra angekündigt. Es habe aus terminlichen Gründen nicht geklappt, hieß es aus Ludwigs Büro offiziell.

Hinter vorgehaltener Hand heißt es freilich aus SPÖ-Kreisen: Mit seinem Fernbleiben ging Ludwig vor allem auch Fotos mit dem freiheitlichen steirischen Landeshauptmann Mario Kunasek direkt vor dem Wiener Rathaus aus dem Weg. „Das geht sich im Wahlkampf nicht aus“, sagt einer aus dem SPÖ-Team. Bilder von Ludwig beim Steiermark-Fest gab es nur einen Tag später dann doch noch – da allerdings in Begleitung von Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP). Er lege „großen Wert auf gute partei- und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit“, teilte Ludwig via Instagram mit.

Keine TV-Duelle im ORF

Diesmal gibt es, anders als im durch die Corona-Pandemie geprägten Wien-Wahlkampf 2020, keine direkten TV-Duelle der Spitzendekadinnen und Spitzendekadanden im ORF. Dominik Nepp, Chef der Wiener FPÖ, machte in den vergangenen Tagen Ludwig dafür verantwortlich.

Ein öffentliches Aufeinandertreffen von Ludwig und Nepp im ORF gibt es erst bei der Elefantenrunde am 24. April, drei Tage vor der Wahl. Nepp hätte eine Konfrontation mit Ludwig auf offener Bühne durchaus früher haben können: Allerdings verzichtete der FPÖ-Chef



HELENA LEA MANHARTSBERGER

Der Bürgermeister als Aushilfszuckerbäcker: Wohlfühltermine wie diesen gibt es einige. TV-Duelle mit den Kontrahenten sind hingegen nicht geplant.

Heimspiel bei den Wiener Linien: Beim Betriebsbesuch der städtischen Verkehrsbetriebe wird Michael Ludwig für zahlreiche Fotos und Selfies umringt.

auf eine Teilnahme an der Elefantenrunde des Stadtmagazins *Falter* Ende März.

Aufregung hat die Wiener SPÖ im Wahlkampf bisher bewusst vermieden. Auf den roten Plakaten und den zahlreichen Social-Media-Postings wird Ludwig als ruhiger, bedächtiger Macher inszeniert. Daneben finden sich klassische sozialdemokratische Botschaften: leistbarer Wohnraum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildungschancen, sozialer Zusammenhalt. Ein Social-Media-Slogan lautet: „Es geht um die lebenswerteste Stadt.“ Überraschungen? Zukunftsvisionen? Angriffige Kritik an den Vorschlägen der politischen Konkurrenz? Fehlanzeige.

Wahl-Spekulatius

Es hätte auch ganz anders kommen können. Mitte Jänner, als im Bund noch FPÖ und ÖVP über eine Regierungskoalition verhandelten, zog Ludwig kurzfristig den Termin für die Wien-Wahl vom Herbst auf Ende April vor. Das überraschte selbst einige Mitglieder des SPÖ-Stadtregierungsteams. Die Neos als Regierungspartner trugen die Entscheidung mit. In einem gemeinsamen Video mit dem damaligen Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr sprach Ludwig von einer „Zeitenwende“, die mit einem FPÖ-Kanzler Herbert Kickl drohe. Wien sei ein „Gegenmodell“ für das, was gerade auf Bundesebene passiere. Wien versus Bund, SPÖ versus FPÖ: Diese Positionierung hat schon unter Ludwigs Vorgänger Michael Häupl mehrmals gut funktioniert.

Doch dieses Wahlkampfdrehbuch hat sich bekanntlich in Luft aufgelöst. Die Roten sind nun selbst Teil der Bundesregierung, da lässt sich Wien nicht mehr als Gegenpol und letztes Bollwerk inszenieren. Dass sich ÖVP, SPÖ und Neos im Bund doch noch gefunden haben, ist aber auch ein Verdienst von Ludwig: Der hatte sich innerhalb der Sozialdemokraten machtbewusst für eine Neuauhnahme der Verhandlungen starkgemacht und um eine Kooperation der „Parteien der politischen Mitte“, wie es Ludwig nannte, geworben.

FPÖ als Reibebaum

Hat sich Ludwig mit der Vorverlegung des Wahltermins verspekuliert, wie manche meinen? Das lässt sich so nicht sagen. Die Freiheitlichen als politischer Reibebaum sind ihm – wenn auch nicht so stark wie gedacht – geblieben. Eine Koalition mit den Blauen schließt er weiter dezidiert aus. Erst vor wenigen Tagen donnerte Ludwig bei einem Wahlkampfevent, die FPÖ sei eine Partei, die man als rechtspopulistisch, „ich sag sogar rechtsextrem!“, einstufen müsse.

Was Ludwig ebenfalls in die Hände spielt: Noch sind die Auswirkungen des Sparpaket, das der Bund aufgrund der Budgetmisere schnüren muss, auch für Wienerinnen und Wiener nicht so spürbar, wie sie es wohl im Herbst sein werden.

Trotzdem brachte das Thema Budget Ludwig im Wahlkampf zumindest ein wenig in Erklärungsnot: Der Rekordschuldenberg der Stadt könnte Ende des Jahres mit 15,7 Milliarden Euro doppelt so hoch sein wie bei seinem Amtsantritt als Bürgermeister im Jahr 2018. Allein für heuer wird angesichts der schlechten Konjunktur ein Rekorddefizit von 3,8 Milliarden Euro prognostiziert.

Konkrete Ansagen, wo und wie in Wien künftig gespart werden muss, vermeidet Ludwig bisher tunlichst. Stattdessen verwies er lieber auf notwendige Investitionen und erinnerte an die großen Krisen der letzten Jahre: Corona, russischer Angriffsrieg gegen die Ukraine, Teuerung, wirtschaftliche Rezession. Wien sei zudem von den Herausforderungen durch Asyl, Flucht und Migration besonders betroffen – Themen, die vor allem der FPÖ nützen.

Aber selbst wenn der Putz ein wenig bröckelt: Die Macht der SPÖ in der einzigen Millionenmetropole Österreichs scheint nicht gefährdet, jedenfalls nicht nach derzeitigem Stand. In aktuellen Umfragen zur Wien-Wahl wird Ludwigs SPÖ weiter stabil auf Platz eins ausgewiesen – mit überschaubaren Verlusten und einem Ergebnis knapp unter 40 Prozent. Ludwig bliebe damit Bürgermeister und könnte sich je nach Wahlausgang einen Juniorpartner aussuchen.

Die besten Chancen haben erneut die Neos, sofern sich ein bequemer Mandatsüberhang ausgeht. Bis zuletzt sprach Ludwig von einer „sehr gut funktionierenden Koalition“. Aber auch die ÖVP und Grüne rechnen sich Chancen aus. Ohnedies nicht als roter Partner in-



Verkostet werden beim Getränkegroßhändler Del Fabro Kolarik in Simmering Weine und nichtalkoholische Getränke. Der Ingwer-Shot hat es dem Stadtchef angetan.



Der Schmäh rennt beim Besuch des städtischen Unternehmens Wiener Netze. Michael Ludwig geht im Wahlkampf kein Risiko ein.

frage kommen die Freiheitlichen, auch wenn sich die FPÖ – von mageren sieben Prozent bei der Wahl 2020 nach dem Ibiza-Desaster ausgehend – mehr als verdreifachen und Zweiter werden dürfte.

Die SPÖ, die seit 1945 den Stadtchef stellt, sträubt sich freilich vehement gegen die Erzählung, sie stünde als klarer Wahlsieger längst fest. Ludwig betont im Wahlkampf immer wieder, dass alle Regierenden in den Ländern bei den Wahlen in den letzten Jahren zwischen 3,5 und zehn Prozentpunkte verloren hätten. Daher sei das Ziel, an die 41,6 Prozent bei der Wien-Wahl im Corona-Jahr 2020 heranzukommen, überaus optimistisch.

Diese Argumentation soll zur Wählermobilisierung beitragen. Dabei kann Ludwig auf eine geeinte Wiener SPÖ zurückgreifen, die für ihn rennt. Das ist, nach der roten Kampfabstimmung um den Bürgermeistersessel gegen Andreas Schieder Anfang 2018, durchaus eine Leistung. Dennoch droht das historisch schlechteste SPÖ-Wahlergebnis, wenn die 39,15 Prozent Stimmenanteil bei der Wien-Wahl 1996 unterboten werden. Das will Ludwig auf alle Fälle vermeiden.

Deshalb kommt Wahlkampfunterstützung aus dem Bund gerade recht. Verkehrsminister Peter Hanke (SPÖ), vor kurzem noch Finanzstadtrat in Wien, kündigte an, die Grundlagen für eine verkehrsberuhigte Innenstadt mit Einfahrtsbeschränkungen und Kameraüberwachung zu schaffen. Die notwendige StVO-Novelle kann aber wohl erst Anfang kommenden Jahres in Kraft treten. Eine Inbetriebnahme der Kameras ist frühestens 2027 oder 2028 realistisch. Egal: Die Botschaft ist draußen. Und Ludwig darf sich freuen.

Tippen Sie den Wahlausgang – und lesen Sie News aus der Stadt!

➤ Wie geht's aus? ◀

Das große Wien-Wahl-Tippspiel im STANDARD-Liveticker



Den Umfragen zufolge führt die SPÖ in Wien schon die ganze Zeit eindeutig, der FPÖ wird eine Verdreifachung prognostiziert, die Grünen könnten auf dem dritten Platz vor der ÖVP und den Neos landen.

Doch wie geht es wirklich aus?

Im [Standard.at](#)-Ticker zum Wahlsonntag können Sie schon jetzt Ihren Tipp abgeben. Den vergleichen wir dann mit dem tatsächlichen vorläufigen Ergebnis von Sonntagabend. Auch die Redaktion des STANDARD wird mitmachen. Bis 27. April, 17 Uhr, werden Beiträge angenommen. Am Ende des Wahlsonntags veröffentlichen wir die besten drei Tipps. Machen Sie hier mit:

[dSt.at/Tippspiel](#)



➤ Wienzeilen ◀

Der Stadt-Newsletter des STANDARD

Mehr politische Hintergründe, Analysen und die wichtigsten Entwicklungen vor der Wien-Wahl lesen Sie wöchentlich im neuen STANDARD-Newsletter „Wienzeilen“.

Jeden Donnerstag in Ihrem Postfach. Einfach QR-Code scannen und abonnieren!



5 Parteien, 5 Fragen für Wien

Mit dem STANDARD-Wahlkompass verschaffen Sie sich einen Überblick, welche Partei inhaltlich zu Ihnen passt. Hier auf Papier: die Antworten der Rathausparteien auf eine Auswahl wichtiger Fragen.

Sebastian Fellner



Sollen Schülerinnen und Schüler anhand von Kriterien wie Einkommen, Bildung oder Deutschkenntnissen stärker durchmischt werden?

Bildung ist ein Grundrecht, das allen Kindern gleichermaßen offenstehen muss. Alle Kinder sollen die gleichen Chancen haben. Deshalb setzt Wien auf Gratskindergärtner, Gratisganztagsschulen und ein kostenfreies warmes Mittagessen. Wir fordern die bundesweite Umsetzung des AK-Chancenindex.



Michael Ludwig (SPÖ)

Soll auf allen Wiener Straßen ein Tempolimit von 30 km/h gelten (mit Ausnahme von Autobahnen, Schnell- und Bundesstraßen)?

Das Tempolimit von 30 km/h ist in vielen Bezirksteilen umgesetzt. Auf Straßen mit öffentlicher Verkehrsinfrastruktur soll ein schnelleres Fortkommen auch weiterhin möglich sein, um das Umsteigen von PKW auf Öffis zu fördern. Wien setzt auf intelligente Verkehrsplanung statt pauschaler Lösungen.

Wir sind für die freie Wahl von Schulplätzen. Die angepräsene Durchmischung funktioniert in der Praxis nicht. Tausende Kinder müssten damit täglich von Margareten nach Döbling oder von Meidling nach Währing etc. gebracht werden.



Karl Mahrer (ÖVP)

Soll die Kurzzeitvermietung von Wohnungen auf Plattformen wie Airbnb in Wien eingeschränkt erlaubt werden?

In Wien hat Spekulation mit Wohnraum keinen Platz. Durch Kurzzeitvermietungen werden Wohnung dem regulären Wohnungsmarkt entzogen. Mit der Bauordnungsnovelle ist es uns gelungen, den Trend der Kurzzeitvermietung zu regulieren.

Durch eine Bezahlkarte wird Missbrauch verhindert und eine zweckgemäße Nutzung von öffentlichem Geldern sichergestellt. Grundproblem in Wien ist aber, dass die Sozialleistungen für viele Gruppen, etwa abgelehnte Asylwerber, zu hoch sind. Die Folge ist, dass das Wiener Sozialsystem eine Mängelwirkung entfaltet.



Judith Pühringer (Grüne)

Sollen Asylwerbende in der Grundversorgung statt Bargeld eine Bezahlkarte bekommen?

Ein Debitkartensystem ist teuer, bürokratisch und stigmatisierend. Der größte Anteil der Leistungen aus der Grundversorgung wird jetzt schon bargeldlos und in Form von Sachleistungen abgewickelt. Statt neuer Systeme setzen wir auf den Ausbau bestehender Systeme.

Ja. Wiens Schulen werden immer segregierter – in manchen Klassen spricht kaum ein Kind gut Deutsch. Durchmischung fördert das Lernen und verteilt Herausforderungen. Eltern sollen fünf Wunschschulen angeben, ergänzt durch Kriterien wie Bildungsgrad der Eltern oder Erstsprache.



Dominik Nepp (FPÖ)

Soll die Kurzzeitvermietung von Wohnungen auf Plattformen wie Airbnb in Wien eingeschränkt erlaubt werden?

Wir lehnen ein generelles Verbot der Fiaker ab, Priorität haben aber das Tierwohl und die Einhaltung aller tierschutzrelevanten Bestimmungen (z. B. hitzefrei ab 35 Grad), welche streng kontrolliert werden.

Nein. Mit der Bezahlkarte kann nicht überall eingekauft werden – Sozialmärkte, günstige Kleidungsgeschäfte, Officetickets, Apotheken etc. sind ausgeschlossen. Vor allem aber stigmatisiert sie.



Selma Arapović (Neos)

Soll die Fiaker-Fahrten endgültig verboten werden?

Wir lehnen ein wesentlicher Teil des Wiener Stadtbilds. Allerdings muss stets der Tierschutz eingehalten und kontrolliert werden, vor allem bei Hitze im Sommer.

Ja. Die Grünen fordern seit jeher: Fiaker raus aus der Innenstadt. Hitze, Verkehr und schlechte Luft sind für die Pferde unzumutbar. Stattdessen sollen sie im Prater oder im Schönbrunn fahren dürfen.

Ja. Tempo 30 erhöht in Wien die Verkehrssicherheit. Städte mit wenigen Verkehrsstößen haben das durch Tempo-30-Zonen erreicht. Besonders vor Schulen und Kindergärten ist das nötig. Große Einfallstraßen wie die Westenfahrt können davon ausgenommen werden.

Nein. Hauptverkehrsadern wie der Ring oder der Gürtel sollen weiterhin mit 50 km/h befahren werden können.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Wir sind der Ansicht, dass das niederösterreichische Modell auch für Wien ein vernünftiger Weg wäre.

Wir haben diesbezüglich eine Befragung unter Eltern vorschlagen. Allerdings hat dieser Vorschlag keine Mehrheit von SPÖ und Neos bekommen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind wir für keine verpflichtende Durchmischung.

Wichtig sind uns Sach- vor Geldleistungen – treffsicher, effizient und unbürokratisch. Deshalb haben wir auf Bundesebene die Ausweitung eines einheitlichen Modells einer Sachleistungskarte vereinbart. Einen Fleckerlreißpitch der verschiedenen Bezahlkarten in den Bundesländern lehnen wir ab.

Schulen mit größeren sozialen Herausforderungen sollen über einen Chancenindex mehr Geld bekommen. Kinder mit Zwangsmaßnahmen durch Wien zu schicken lehnen wir ab.

Die Gesundheit und das Wohlbefinden der Tiere stehen für uns an erster Stelle. Ein sofortiges Fiakerverbot lehnen wir ab, aber eine Verbesserung ihrer Bedingungen in der Wiener Innenstadt ist uns ein wichtiges Anliegen.

Um sicherzugehen, dass alternative Nutzungsformen wie Kurzzeitvermietungen nicht zulasten der Wohnbevölkerung gehen, haben wir klare gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen. Mit regelmäßigen Monitoring und Evaluierungen stellen wir die Wirksamkeit der Regelungen sicher.

Niedrigere Geschwindigkeitsbegrenzungen sollten im Einzelfall geprüft werden. Sie ergeben Sinn, wenn erhöhtes Gefahrenpotential in der Nähe von Schulen besteht oder lokal besonders starke Emissionen vom Verkehr ausgehen.

Wiederholung

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Wiederholung

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Wiederholung

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Wiederholung

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

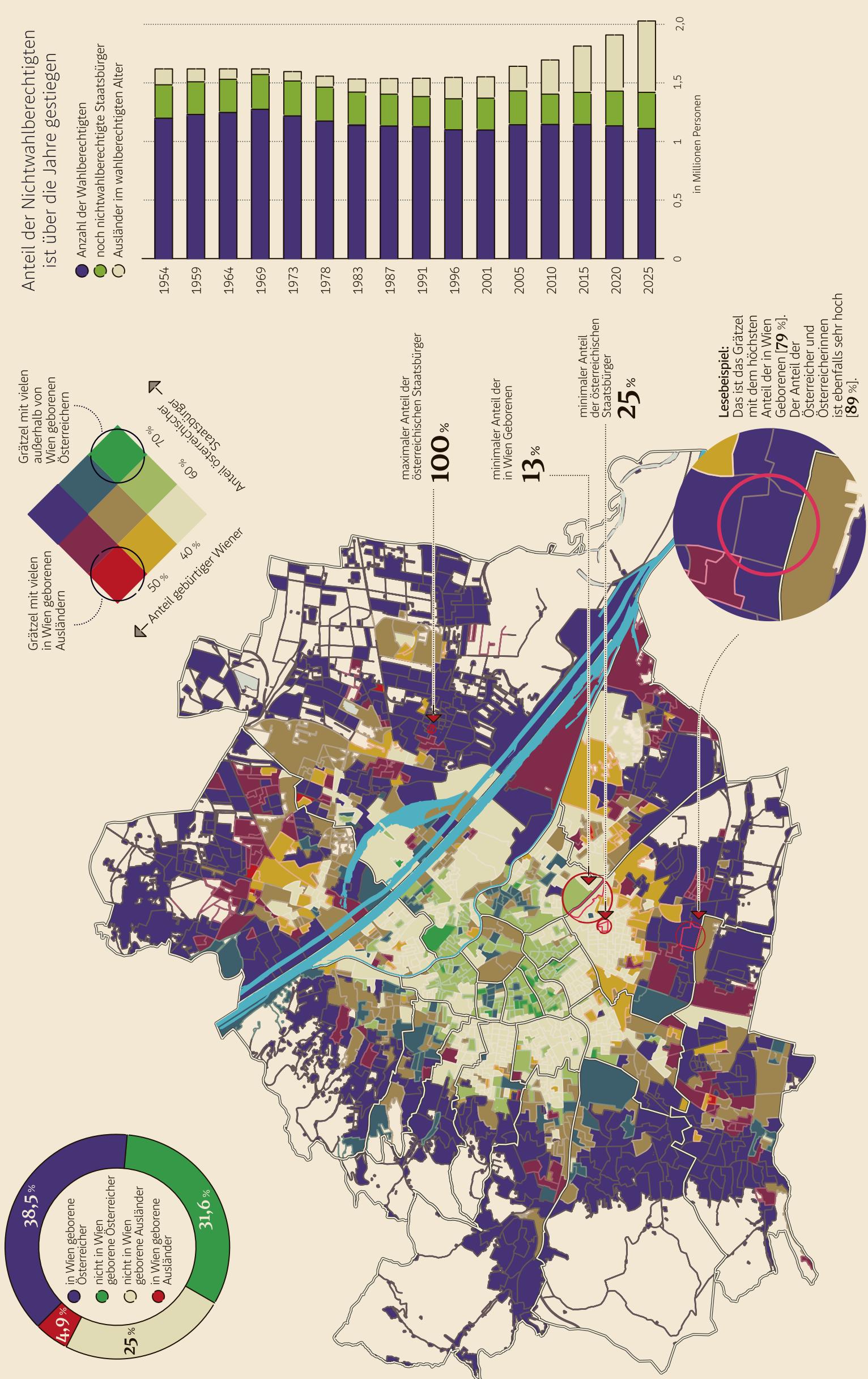
Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen bleiben. Gemeindewohnungen hingegen sollen nicht via Plattformen vermietet werden dürfen. Hier müssen Kontrollen stattfinden und bei Missachtung Sanktionen folgen.

Was die Menschen mit ihrem Eigentum machen, muss ihnen freistehen und überlassen

Wo die Nicht-Wähler wohnen

Die „Ur-Wiener“, in Wien geborene Österreicher, leben häufig an der Stadtgrenze, etwa in Stammersdorf oder Mauer. „Zuagrasse“ aus den Bundesländern gern in den Innenbezirken. Und Migranten rund um den Gürtel. Unsere Karte zeigt für jedes Grätzl die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geburtsort und Staatsangehörigkeit.

DATEN & GRAFIK: Michael Matzenberger, Robin Kohrs, Fatih Aydogdu



Die Karte, die Sie hier sehen, zeigt Wien äußerst kleinräumig. Wir haben für jedes Grätzl recherchiert, wie hoch der Anteil der gebürtigen Wiener und der österreichischen Staatsangehörigen ausfällt. Der Twist: Es sind nicht beide Merkmale separat, sondern stets in einer Kombination dargestellt. Die „Ur-Wiener“, wenn man so will, also Menschen, die in Wien geboren wurden und österreichische Staatsbürger sind (lila), leben besonders häufig am Stadttrand, etwa in Stammersdorf, Hütteldorf oder Mauer. Österreichische, die außerhalb Wiens zur Welt kamen, also zumeist „Zuagrasse“ aus den Bundesländern (grün), tummeln sich vornehmlich in den Innenbezirken. Der größte Oberösterreicher-Anteil etwa lässt sich bei der inneren Mariahilfer Straße nahe dem Westbahnhof messen.

600.000 dürfen kein Kreuz machen

Mitbürger, die weder in Wien geboren wurden und noch einen österreichischen Pass besitzen (gelb), wohnen oft zwischen den beiden anderen Gruppen – also rund um den Gürtel. Rote Grätzl sind nicht besonders stark vertreten, das ist aber auch naheliegend: Es handelt sich dabei um gebürtige Wiener, die keine österreichischen Staatsbürger sind, und das trifft zumeist nur auf Kinder mit Migrationshintergrund zu. Diesmal sind es über 600.000 Menschen, die zwar im Wahlalter sind, aber mangels Staatsbürgerschaft nicht an der Gemeinderatswahl teilnehmen dürfen. Ihr Anteil wächst stetig, wie die Grafik rechts zeigt.

Das Grätzl mit den wenigsten gebürtigen Wienern liegt übrigens im neuerrichteten Sonnwendviertel beim Hauptbahnhof. Dort haben **87 Prozent** einen Geburtsort außerhalb der Stadtgrenze – sei es Vösendorf oder Manila. Das Grätzl mit den meisten „Geburtswienern“ befindet sich ebenfalls in Wien-Favoriten, nur etwas südlicher: **79 Prozent** der Bewohner der Wohnsiedlung Am Wienerfeld Ost, die sich an die Südoststante schmiegt, kamen in der Stadt zur Welt.



Der große Graben

Hätten nur Wienerinnen und Wiener bei der Nationalratswahl 2024 teilgenommen, dann wäre derzeit wohl Andreas Babler Bundeskanzler einer Regierungskoalition aus SPÖ, Grünen und Neos, ausgestattet mit einer bequemen Mehrheit im Nationalrat. ÖVP und FPÖ hätten ein gutes Drittel der Stimmen auf sich vereint, die KPÖ wäre nur knapp an der Vierprozent-Hürde gescheitert.

Dass Wien anders wählt als der Rest Österreichs, ist spätestens seit der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts in den letzten Jahren der Habsburgermonarchie hinlänglich bekannt. Und tatsächlich ziehen sich politische Unterschiede zwischen Wien und den anderen Bundesländern wie ein roter Faden durch die Geschichte der Ersten und der Zweiten Republik. Der Konflikt zwischen Stadt und Land war in Österreich auch immer ein Konflikt zwischen dem sozialdemokratisch geprägten Wien und den großteils konservativ dominierenden Flächenbundesländern.

Mit der Fragmentierung der Parteienlandschaft seit den 1980ern wurde die Rot-Schwarz-Dichotomie von bunteren Mustern abgelöst, aber die Unterschiede zwischen Wien und den anderen Bundesländern blieben: Wien wählt auch heute bei Bundeswahlen linker (mehr SPÖ, mehr Grün) als andere Länder. Auch bei Landtagswahlen sind in Wien die Stimmenanteile linker Parteien zusammengenommen höher als in den anderen Bundesländern, wo es selten linke Mehrheiten in den Landtagen gibt – und sie ebenso selten zu Regierungsmehrheiten werden. Das Burgenland, das zeitweise rote Alleinregierungen hatte bzw. jetzt eine rot-grüne Koalition hat, kann als Ausnahme, die die Regel bestätigt, gelten.

Doch woher kommt dieser Linksdrall in den Wiener Parteipräferenzen? Was macht das Wiener Wahlverhalten anders?

Der Wiener Linksdrall

Ein erster Erklärungsansatz wäre die unterschiedliche Sozialstruktur: Wien hat unter allen Bundesländern das niedrigste Durchschnittsalter, weist einen höheren Anteil von Personen mit Hochschulabschlüssen auf, hat eine andere Berufsstruktur (deutlich weniger Beschäftigte in Landwirtschaft und Industrie) und mehr Zugewanderte. Nachdem Parteipräferenzen zu einem gewissen Grad mit dem Alter, dem Bildungsgrad, dem Beruf und einem etwaigen Migrationshintergrund korrelieren, könnte man erwarten, dass in diesen sozialstrukturellen Unterschieden die Differenz zwischen Wien und den anderen Bundesländern grundgelegt ist.

Eine zweite Hypothese wäre, dass die gesellschaftliche Verankerung in Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften in Wien anders ausgeprägt ist: In Wien wohnen anteilig deutlich weniger Katholiken, dafür mehr Muslime und Personen ohne Bekennnis als in anderen Bundesländern. Besonders praktizierende Katholiken (die mittlerweile bundesweit eine kleine Gruppe darstellen) tendieren noch immer stark zur ÖVP, während Muslime überdurchschnittlich zur Wahl der SPÖ neigen. Außerdem ist die Gewerkschaftsdichte in Wien noch etwas höher als anderswo (besonders im Vergleich zum Westen Österreichs), was ebenso die SPÖ begünstigen sollte.

Eine dritte mögliche Erklärung liegt in den anders gelagerten Einstellungen der Wienerinnen und Wiener. Die Wiener Bevölkerung ist tendenziell etwas weniger restriktiv zur Zuwanderung eingestellt, etwas mehr pro Klimaschutzmaßnahmen und etwas stärker pro EU. Solche Einstellungsunterschiede könnten sich ebenso zum Vorteil von SPÖ und Grünen im Wahlverhalten niederschlagen.

Wien tickt anders als der Rest Österreichs – das zeigt sich immer wieder auch in den Wahlergebnissen. Wie sich der politische Graben zwischen der Hauptstadt und den Bundesländern erklärt.

Laurenz Ennser-Jedenastik

Überprüft man nun diese drei Hypothesen mit Umfragedaten (für diesen Zweck hat der Autor die Autnes-Online-Panel-Studie der Universität Wien, durchgeführt im Vorfeld der Nationalratswahl 2024, herangezogen), dann zeigt sich ein differenziertes Bild:

Die Sozialstruktur etwa kann nur einen geringen Teil der Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Wien und den Bundesländern erklären. Obwohl in der Bundeshauptstadt die strukturelle Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (und auch der Wahlberechtigten) deutliche Unterschiede zum Rest Österreichs aufweist, sind diese nicht hauptsächlich dafür verantwortlich, dass Wahlergebnisse in Wien anders ausschauen als anderswo in Österreich.

Die soziale Einbettung

Die anderen beiden Ansätze liefern mehr an Erklärungskraft: Ein größerer Teil des „Wiener Linksdralls“ bei den Parteipräferenzen geht auf die unterschiedliche gesellschaftliche Verankerung in Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften zurück. Der größte Faktor hier ist die (in den Umfragedaten) starke Tendenz muslimischer Wahlberechtigter zur SPÖ. Zwar stellen auch in Wien Muslime nur eine kleine Gruppe der Wahlberechtigten, aber doch deutlich mehr als in anderen Bundesländern. Ihr Anteil an der Wohnbevölkerung (Nichtstaatsbürger inklusive) ist in Wien knapp dreimal so hoch wie im übrigen Bundesgebiet.

Auch die politischen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler machen einen großen Unterschied aus. Welche Meinungen Menschen zu Themen wie Sozialstaat, Umweltpolitik, Europa, Zuwanderung oder Covid haben, hängt logischerweise stark mit ihrem Wahlverhalten zusammen. Dass die Wienerinnen und Wiener staatlicher Intervention, Klimaschutzmaßnahmen, Europäischer Integration und einer liberalen Migrations- und Integrationspolitik etwas positiver gegenüberstehen als der Bundesschnitt, findet seinen Niederschlag auch beim Stimmverhalten am Wahlsonntag.

Wichtig ist, dass die eben beschriebenen Ergebnisse netto gelten, also schon nach Kontrolle für die jeweils anderen Einflussfaktoren. Einstellungen beispielsweise erklären einen guten Teil des Wahlverhalten-Gaps über das hinaus, was durch Sozialstruktur, Religion und Gewerkschaftsmitgliedschaft begründet ist.

Warum wählt Wien also anders? Es liegt nicht primär daran, dass die Bevölkerung der Bundeshauptstadt in ihrer Sozialstruktur anders zusammengesetzt ist, sondern dass sie sich in ihrer sozialen Einbettung (Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaft) und in ihren Einstellungen zu vielen politischen Fragen ein Stück weit vom Rest des Landes unterscheidet. Diese Realität ist auch den wahlwerbenden Parteien durchaus bewusst. Nicht umsonst hat sogar die FPÖ in den Wochen vor der kommenden Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl erste Annäherungsversuche an die türkeistämmige Community in Wien unternommen – etwas, was in den meisten anderen Bundesländern rein wahlstrategisch deutlich weniger Sinn ergibt.

Natürlich sind ähnliche Stadt-Land-Unterschiede wie die hier beschriebenen auch zwischen anderen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten in ganz Österreich zu beobachten. Aber das politische Gewicht der Bundeshauptstadt ist aufgrund ihrer Größe im Vergleich zu anderen Städten und auch aufgrund ihres Status als eigenes Bundesland besonders hoch.



LAURENZ ENNSER-JEDENASTIK
ist Professor für österreichische Politik im europäischen Kontext am Institut für Staatswissenschaften der Universität Wien.
BARBARA MAIR

Planet Favoriten & Tunnelau Karikaturistin Andrea Dusl verortet Stationen der Wien-Wahl.





Was für eine Wirtschaft

In Wien gibt es mehr als 150.000 Unternehmen, viele davon eher klein und überschaubar. Hinter allen stecken Geschichten, die viel über die Stadt erzählen. Eine Tour in vier Stationen.

Jonas Vogt



NURI UND OMAR BABA flohen 2003 aus Bagdad, Mitte der Zehnerjahre eröffneten die Brüder ihren Friseurladen.



HERIBERT CORN



LEA SONDEREGGER

ANJA PRETTENTHALER war in der Spitzenhotellerie, dann machte sie sich mit einem Babycafé selbstständig.

verwandt. Auch wenn die Umsätze oft nicht gigantisch sind, sind sie ein wichtiger Weg in den Arbeitsmarkt. Mitte Februar gab die Wirtschaftskammer bekannt, dass 2024 erstmals mehr 10.000 neue Unternehmen in Wien gegründet wurden. Die Hälfte der Gründer kam aus dem Ausland.

Die Geschichte von Bagdad Style und seinen Betreibern beginnt im Jahr 2003. Vier Brüder aus Bagdad – Mohammed, Nuri, Omar und Ali – fliehen in Richtung Europa und landen in Österreich. Nuri hat im Irak eine Friseurausbildung gemacht, probiert aber erst einmal viel anderes. Er geht kurz auf die Wirtschaftsuniversität, arbeitet im Einzelhandel. Auch die Story seiner Brüder hat Wendungen – man muss gelegentlich nachfragen, um den Überblick zu behalten –, vieles ist aber klassisch. Ali arbeitet im Sicherheitsbereich, Mohammed betreibt zwischendurch eine Mischung aus Internetcafé und Handygeschäft.

Als dieses Mitte der Zehnerjahre nicht mehr so gut geht, übernehmen Nuri und Omar das Lokal und bauen es zum Friseurladen um. Der Name „Bagdad Style“ ist nicht nur eine Homi-

mage an ihre Herkunft. „Wir wollten auch einen Ort zum Wohlfühlen schaffen, wo man sich trifft und die Neuigkeiten erfährt“, sagt Nuri. „Was ein Friseur in Bagdad eben ist.“ Fast wie bestellt kommt Schlagersänger Tony Wegas zur Tür hinein. Er gehöre hier fast zum Inventar, sagt Wegas. „Nuri und Omar sind sehr feine Friseure und noch feinere Menschen.“

Anfangs, nach der Eröffnung im Jahr 2016, kommt fast nur die arabische Community, mittlerweile ist das Publikum bunt gemischt. Man merkt trotzdem, welche Frisuren hier am häufigsten verlangt werden. Für das Schneiden des Bartes benutzt Nuri nur die Maschine, nicht die Schere. „Übergänge sind für viele arabische Männer sehr wichtig, das kann ich“, lacht er.

Gegen Ende kommt er noch einmal auf seinen jüngeren Bruder Mohammed, der mittlerweile als Hochzeitsfotograf arbeitet, zu sprechen. „Ich habe da auch noch einen Nebenjob, ich bin Wedding-Planer und Hochzeits-DJ.“

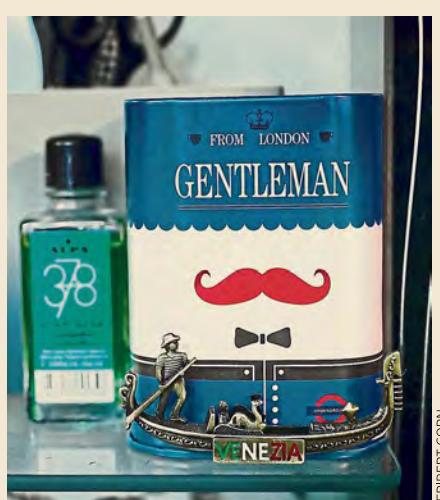
Die Geschichte der Brüder verkörpert einen Unternehmergeist, mit dem man es vielleicht nicht in die TV-Show *2 Millionen 2 Millionen* schafft, sich aber selbst etwas aufbauen kann. Chancen sehen, sich eher auf die eigenen Netzwerke verlassen als auf den Staat. Und eben wissen, was die Leute wollen.

STATION 2 Mamalipa WIEDEN

Das Publikum von Bagdad Style mag manchmal laut sein, das von Anja Pretenthaler geht noch einen Schritt weiter. Es ist Donnerstagvormittag, und die Unternehmerin schaut ruhig dabei zu, wie ihr Café auseinandergenommen wird. Die Inhalte der Holzküche und des Kaufmannsladens sind von den Gästen – alle unter drei Jahre alt – bereits quer über den Boden verteilt worden. „Das ist das Alter, in dem Dinge-Ausräumen das Größte ist“, sagt Pretenthaler. Das sei kein Problem, zu Mittag werde der Spielraum ohnehin planmäßig aufgeräumt und gereinigt.

Mamalipa ist ein Kleinkinder- und Babycafé im vierten Bezirk, einen Steinwurf vom Hauptbahnhof entfernt. Man könnte das hier technisch gesehen auch als migrantische Ökonomie bezeichnen – Pretenthaler kommt ursprünglich aus Deutschland –, aber letztlich ist das nicht so wichtig. Der Kontrast zwischen dem Friseurladen in Ottakring und dem „Bobo-café“ mit eigener Kaffeeröstung in Wieden ist oberflächlich groß – der unternehmerische Geist, der dahintersteckt, ist überall ähnlich.

Eigentlich betreibt Pretenthaler funktional fast zwei Cafés. Es gibt einen kleinen Vorraum, in dem hauptsächlich Coffee to go verkauft wird. Durch eine Tür in der Wand rechts kommt man in den großen Spielraum, für den nach Zeit bezahlt wird. Pro Kind zwölf Euro für zwei Stunden, die begleitenden Erwachsenen zahlen, was sie konsumieren. Mamalipa hat erst im Jänner 2024 eröffnet und läuft gut, auch weil es zwischen Bahnhof und Belvedere liegt und sich viele Touristen einen Kaffee mitnehmen.



In den Salon Bagdad Style kommen vor allem Männer zur Bartpflege.

Prettenthaler, zweifache Mutter, lässt nicht aus der Ruhe bringen: Wenn sie zwischen Kaffeemaschine und Gebäck steht, kann sie gleichzeitig Gespräche führen, ihre Stammgäste erkennen („Flat White mit Hafermilch?“) und einem Mitarbeiter der Wiener Netze den Weg zum Stromkasten zeigen. Prettenthaler hat eine Vergangenheit in der Spitzenhotellerie, man merkt das. Nach der Geburt ihres ersten Kindes muss sie lernen, dass die Kombi aus Teilzeit und Führungsposition in der Branche noch immer ungern gesehen wird. 2023 fällt die Entscheidung, es mit dem eigenen Café zu versuchen. Mittlerweile hat Mamalipa vier Mitarbeiter.

„Mein Mann und ich denken schon sehr unternehmerisch“, sagt Prettenthaler. „Uns war deshalb klar, dass wir zwei Standbeine brauchen.“ Man habe dem Grätzl einen Anlaufpunkt mit familiärer Atmosphäre geben wollen. Aber auch einen Platz, der auf die Bedürfnisse von Kindern und Mamas abgestimmt ist. Die Lampen sind so gestaltet, dass sie Babys nicht blenden, wenn die an die Decke starren. Die Kaffeeröstung ist stark, damit stillende Frauen, die oft nur einen Kaffee pro Tag trinken, den auch durch die Milch hindurch schmecken. Im Grunde geht's bei Gründungen ja immer um dasselbe: wissen, was man will, und sein Publikum kennen. „Man sieht, dass wir etwas anbieten, was hier einfach gefehlt hat“, sagt Prettenthaler.

STATION 3 Everblum LEOPOLDSTADT

Das Stuwerviertel in der Leopoldstadt hat in den vergangenen 15 Jahren einiges an Veränderung durchgemacht. Die einst präsente Straßenprostitution ging, eine bessere Verkehrsanbindung kam, die Rotlichtlokale blieben. Hier am Rand des Stuwerviertels wohnt eine Frau, deren Geschichte auf eigene Weise etwas von Unternehmertum erzählt.

Camille Guillott-Schnitzer betreibt ein Einpersonenunternehmen (EPU) mit dem Namen Everblum. Sehr einfach gesagt konserviert sie Blumen. Die 39-Jährige macht das noch nicht so lange, seit Mitte des vergangenen Jahres. Aber durch geschickte Werbung auf Instagram kommen die Aufträge ganz gut rein. Vor allem jetzt, zu Beginn der Hochzeitsaison. „90 Prozent meiner Kunden sind Brautpaare“, sagt Guillott-Schnitzer. Das sei natürlich keine Voraussetzung. „Aber das Hochzeitsbouquet ist eben ein Blumenstrauß, der Menschen viel bedeutet und den sie gerne bewahren wollen.“

Das Pressen von Blumen, etwas moderner auch „Flowerpressing“ genannt, kennen viele noch aus der Kindheit. Auf Instagram, vor allem in den USA, hat sich in den vergangenen Jahren ein kleiner Hype darum entwickelt. Guillott-Schnitzer hat ihn aufgegriffen und ein Geschäft daraus gemacht. Sie ist aktuell eine von zwei Personen in Österreich, die das professionell anbieten. Sie repräsentiert damit eine Sparte, die viel größer ist, als man sie sich oft vorstellt: 60 Prozent der Unternehmen in Österreich sind EPUs, Wien liegt ziemlich genau im Schnitt.

Die Blumensträuße erreichen Everblum mit der Post, per Boten oder persönlich. Danach kommen die Blüten einzeln mit Zeitungspapier in kleine Holzpressen, die für etwa vier Wochen an einem trockenen Ort gelagert werden. „Ich habe das Glück, dass mein Schwiegervater Spaß daran hat, die Pressen zu bauen“, sagt Guillott-Schnitzer als sie am Küchentisch in ihrer Wohnung den Prozess erklärt. „Ich brauche wirklich viele davon.“ Am Ende kommen die gepressten Blumen in einen Rahmen zwischen zwei Glasplatten, manchmal noch mit etwas Persönlichem wie den Hochzeitsversprechen auf Papier. Prinzipiell bietet sie auch eine reine Trocknung ohne Pressung an, das sei aber weniger relevant.

Guillott-Schnitzer ist Französin, zieht allerdings als Teenager mit ihrer Familie in die USA. Sie studiert dort, lebt auch eine Zeitlang in Großbritannien. Auf einer Hochzeit in Wien trifft sie ihren heutigen Mann, einen ge-



LEA SONDEREGGER

CAMILLE GUILLOTT-SCHNITZER presst Blumen als Erinnerung oder als Schmuck. Noch ist sie ein Einpersonenunternehmen.



bürtigen Wiener. 2015 bucht sie ein One-Way-Ticket nach Österreich.

Aktuell hat sie noch einen Brotjob im Marketing einer IT-Firma. Wenn es so weitergeht, wie sie es sich vorstellt, möchte sie aber irgendwann nur mehr Blumen konservieren und auch kein EPU mehr sein, sondern Leute beschäftigen. Die Rückmeldungen seien fantastisch, sagt Guillott-Schnitzer. „My favorite was: DAS IST MEGA“, sagt sie mit Akzent und lacht.

STATION 4 Pizzeria John MARIAHILF

Manchmal ist das, was ein Lokal tut, bekannter als das Lokal selbst. Die Pizzeria John in der Mollardgasse im sechsten Bezirk ist recht unspektakulär. Es gibt keine wirklichen Sitzplätze, das Essen – Kategorien: Pizza und Indisch – wird ausgeliefert. Im Fenster zur Straße hängt aber ein kleines Schild, von dem immer wieder Fotos

eine Runde in Social Media machen. „Liebe KundInnen“, heißt es auf dem DIN-A4-Zettel.

„Sie haben Hunger, aber kein Geld für eine warme Mahlzeit? Kommen Sie herein und ich lade Sie zu einem gefüllten Pizzabrot (Zwiebel oder Mais) ein. Ihr Gurdip Singh Multani“.

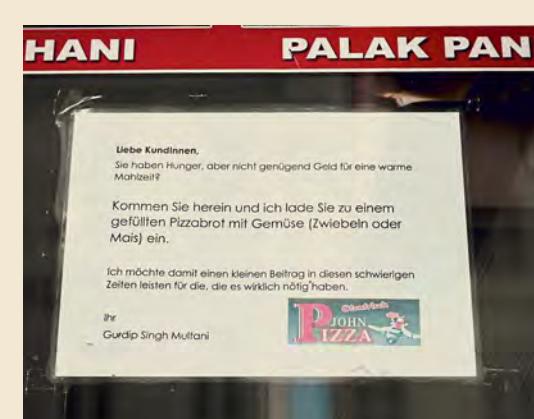
Es ist Mittagszeit, und Singh hat zu tun. Der eher klein gewachsene 45-Jährige wirbelt hinter der Ladentheke herum, jeder Handgriff sitzt. Während die Garnelen mit dem Gemüse in der Pfanne brutzeln, schraubt Singh ein Gewürzglas nach dem anderen auf, sechs an der Zahl, und gibt dem Essen Geschmack. Sieben Tage die Woche steht er hier in der Pizzeria. „Man muss immer arbeiten“, lacht Singh.

Er ist das gewohnt. 1998 landet er, gerade Anfang 20, gemeinsam mit seinem Bruder in Wien. Die beiden werden Teil einer Subkultur aus billigen Arbeitskräften, die Teile der Stadt mit am Laufen halten und oft übersehen werden. Nächts liefern die Brüder Zeitungen aus, tagsüber arbeitet Singh zusätzlich bei McDonald's. Die Stationen in der Geschichte der Singhs sind durchaus klassisch: Der Anteil der Inder unter den Zeitungszustellern ist hoch,

viele versuchen auf ein eigenes Business zu sparen.

2010 ist es so weit: Gurdip Singh und sein Bruder Manjit erfahren über eine Bekannte von dem Ladenlokal in der Mollardgasse: ein langgezogener Vorraum, vielleicht zweieinhalf Meter breit, hinten noch ein bisschen Lager- und Vorbereitungsraum. Aber es ist ihr Business, anders als die Zeitungen und die Burger. Die beiden führen die Pizzeria jetzt seit knapp 15 Jahren. Anfangs lief es sehr gut, sagt Singh. „Mit Corona ist das Geschäft dann aber leider schlechter geworden und hat sich nie ganz erholt.“

Trotzdem hängt er irgendwann – ganz genau weiß er es selbst nicht mehr – das Schild ins Fenster. Es passiert nicht oft, dass jemand das Angebot in Anspruch nimmt. Aber es passt, zum letzten Mal vor etwa zwei Wochen. Er braucht nicht so viel zum Leben, sagt er. Mitte der Woche fliegt er für zwei Wochen nach Indien zu seiner Familie, das mache ihn froh. „Ich bin kein reicher Mann“, sagt Singh. Aber Gott habe ihm dieses Geschäft gegeben. „Deshalb möchte ich etwas zurückgeben.“



GURDIP UND MANJIT SINGH arbeiteten sich zu Betreibern eines Pizzalieferdienstes hoch. Nun wollen sie etwas zurückgeben.



HERIBERT CORN

Die rote Utopie

Wie viel Geschichte passt auf 33,23 Quadratmeter? „Vier Leute haben in diesem Zimmer geschlafen“, sagt Gitta Tonka und schreitet ergriffen durch die kleine Gemeindebauwohnung in der Troststraße 64–66. Hier auf dem Parkett stand das Bett, in dem ein Baby im Dezember 1926 zum ersten Mal in die Welt hinausschrie. Dort beim Fenster hauchte ein schwer gezeichneter Arbeiter, dem ein Schuss im Ersten Weltkrieg die Lunge zerfetzt hatte, im Februar 1929 sein Leben aus. Und drüber in der Ecke sank im Februar 1934 ein zehnjähriges Mädchen auf die Knie und betete, als Soldaten den gegenüberliegenden Pernerstorferhof beschossen, in dem sich sozialistische Schutzbündler verschanzt hatten.

Frisch gestrichene Wände, blitzblanke Badfliesen, moderne Fenster: Heute ist die Wohnung für die nächste Vermietung leergeräumt. Doch Tonka füllt die 33,23 Quadratmeter, wenn sie von ihrer Familie erzählt. Das frischgeborene Baby: ihre Tante, Trude Sokopp. Der sterbende Invalid: ihr Großvater, Jakob Sokopp. Das betende Mädchen: ihre Mutter, Oswalda Sokopp, spätere Tonka.

Die Troststraße 64–66, Stiege 5, Tür 7 markierte den Aufstieg der Sokopps, die schon in Favoriten wohnten, bevor sich die Stadt Wien im Jahr 1874 das Industriegebiet im Süden als zehnten Bezirk einverlebte. Jakob Sokopp zählte zur zweiten Generation, er hatte zwölf Geschwister, fünf davon wurden nicht erwachsen. Nach seiner Heirat wohnte der gelernte Metalldrucker mit seiner Gattin bei den Eltern und Geschwistern in der stickigen, finsternen Wohnung in der Buchengasse. Das Ganglo teilten sie sich mit den Nachbarn, das Wasser aus der Bassena ebenso. „Da auch die Küche nur winzig klein war und kein Fenster besaß, mussten sich tagsüber sieben Erwachsene und ein Kleinkind in dem etwa zwanzig Quadratmeter großen Zimmer aufhalten“, hielt Oswalda Tonka in ihren Memoiren *Buchengasse 100* fest.

Blütezeit

Als Jakob Sokopp 1926 mit Frau und Tochter in die Gemeindebauwohnung in der Troststraße zog, waren die hellen 33,23 Quadratmeter ein Aufbruch in eine bessere Welt. Billige Miete, fließendes Wasser, Klo, Gasherd, im Hof ein Kinderspielplatz. „Mutter erzählte mir später, dass sie ihn niemals zuvor so fröhlich gesehen hätte“, schrieb Oswalda Tonka über ihren „Vater, der förmlich aufblühte“ und selbst über die Mängel in der Wohnung hinwegsah. Die schlecht schließenden Fenster? „Wir haben so lange ohne Luft gelebt, da soll mich jetzt ein wenig Zugluft stören?“, antwortete er.



Der gelernte Metalldrucker Jakob Sokopp junior war Kriegsinvalid.

eine Haushaltsabgabe, eine Genussmittel- und Lustbarkeitsabgabe. Mit den Steuereinnahmen zogen sie überall in der Stadt Gemeindebauten hoch, den größten davon – den Karl-Marx-Hof – klotzten sie in den Nordbezirk Döbling.

Die sozialistische Schulreform sah eine „Pädagogik vom Kinde aus“ vor. Das Rote Wien errichtete Kindergarten und Schulen, organisierte Schulärzte, führte Schulzahnkliniken ein, übernahm private Kinderspitäler, etablierte Mutterberatungsstellen und Jugendämter, engagierte Fürsorgerinnen, die sich um vernachlässigte Kinder kümmerten.

Die drei Pfeile wiesen in die Zukunft. Für die Arbeiter-Olympiade 1931 baute die Stadt das Praterstadion, den Vorläufer des heutigen Ernst-Happel-Stadions. Zahlreiche Bäder eröffneten, darunter auch das Amalienbad. Der Prestigebau im Art-déco-Stil steht am Reumannplatz –

benannt nach Wiens erstem rotem Bürgermeister, Jakob Reumann.

Zur Eröffnung 1926 sagte dessen Nachfolger Karl Seitz: „Ja just in diesem Proletarierzirk haben wir dieses Bad gebaut, um inmitten dieser alten Häuser auch ein Stück Schönheit aufzubauen, weil wir wollen, dass Körperfunktion in die breitesten Massen des Volkes dringe.“ Dies solle verdeutlichen, „dass der arbeitende Mensch der Luft, des Lichtes und des Wassers bedarf“.

Noch heute bauen die Sozialdemokraten ihre Wahlerfolge auf dem Fundament von damals. An diesem wirkten auch die Sokopps mit. Ihre Favoritner Familiengeschichte reicht bis Jakob Sokopp senior zurück, der mit dem späteren Bürgermeister Reumann befreundet war und 1874 im burgenländischen Neudörfl die österreichische Sozialdemokratie mitbegründete.

Sokopp war wie der Prototyp einer neuen Klasse. Im Laufe seines Lebens wandelte er sich vom katholischen Bauernbuben zum sozialisti-

Bis heute baut die Sozialdemokratie ihre Wahlerfolge auf dem Fundament des Roten Wien. Gitta Tonkas Familiengeschichte erzählt davon, wie sich die Arbeiterklasse vor hundert Jahren aus dem Elend befreite und die Hauptstadt damit in die Moderne führte.

Benedikt Narodoslawsky



Gitta Tonka (rechts) blickt mit ihrer Schwester Ruth Milanovic (Mitte) und ihrer Tochter Nina Tonka-Lahr (links) aus der kleinen Wohnung, die den Aufstieg ihrer Familie markierte. Der Gemeindebau wurde in der Ära des Roten Wien errichtet.



schen Gewerkschafter, der seinen Glauben an Jesus durch jeden an die Arbeiterschaft eintrauschte. Als Halbwaise auf einem kleinen Bauernhof bei seiner Großmutter aufgewachsen, folgte er nach dem Schulabschluss seiner Mutter nach Wien, die ihn als Kleinkind verlassen hatte, um in der Stadt Arbeit zu finden.

Proletarierkrankheit

Sein Stiefvater verschaffte dem Jungen eine Lehrstelle als Metalldrucker und nahm ihn in Arbeiterbildungsvereine mit. Dort lernte er linke Theorie, in der Hack'n die Praxis: frühmorgens zur Arbeit, zwölf Stunden Schicht ohne Pause, oft Überstunden schieben für ein paar Kreuzer mehr. Als 1873 die Wiener Börse krachte,

verlor die Familie ihre Arbeit.

Die Zeit des Hungers brach an. Um Medikamente für die Mutter bezahlen zu können, versetzte Sokopps Stiefvater den Ehering. Als sie immer stärker hustete, zogen auch die zahlenden Bettgeher aus, mit denen sich die Familie die Matratzen teilte. Die Frau ging an der Tuberkulose zugrunde, die so viele Menschen im Wiener Arbeitermilieu dahinräffte, dass sie wahlweise „Wiener Krankheit“ oder „Proletarierkrankheit“ genannt wurde. Später erzählte Jakob senior, seine Mutter sei „am Kapitalismus gestorben“.

33,23 Quadratmeter erzählen die Geschichte eines wandelnden Wohlstands begriffs. Was einst ein Luxus war, gilt heute als Armut. Jakob Sokopps Urenkelin Gitta Tonka spricht nicht wie eine Hacklerin, sondern wie eine Dame. „Meine Mutter hat gesagt: „Jetzt haben wir uns etwas erarbeitet und so viel Geld, dass du dir ruhig die Welt anschauen kannst!“, erzählt die pensionierte Schuldirektorin. Sie blieb in Favoriten. Hausten ihre Vorfahren in der Buchengasse und der Troststraße, lebt sie heute im Kleingartenverein Boschberg – in einem Häuschen im Grünen.



Oswalda Tonka (links) mit Mutter Steffi und Schwester Trude.

Das Café der Provinz ist wie geschaffen für den politischen Diskurs: Der Wein ist gut, aber nicht verboten teuer – und im hinteren Teil gibt's keinen Handyempfang.



STEFAN FÜRTBAUER



Gert Kunze ist seit dreizehn Jahren Gastgeber im Café Eiles. Ob lange Koalitionsverhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden, erfährt er oft als Erster.

PRIVAT



STEFAN FÜRTBAUER

Wo auch Politik isst

Wo Politik ist, wird auch gegessen. Und wo man isst, wird politisiert. In welchen Lokalen sich die Wiener Stadtpolitik treffen – und was dort in aller Öffentlichkeit ausverhandelt wird.

Sascha Aumüller

Das Café Eiles ist Bühne für Sondierungs-gespräche, moderierten Meinungsaustausch – und Scherze vom Hausherren, die Rügen aus dem Rathaus nach sich ziehen können.

Der politische Umsturz wird an diesem Mittwochmorgen im Café der Provinz in der Wiener Josefstadt eher nicht geplant. Nur wenige Tische im vorderen Bereich des Lokals sind besetzt. Ein Gast schimpft flüsternd über Telefon mit seiner Freundin, aber das ist vorerst schon die größte Aufregung.

Plötzlich lautere Geräusche in den hinteren, düsteren Separees des südfranzösisch an gehauchten Lokals. Bahnt sich da Konspiratives an, das einer genaueren Observierung bedarf? Nein, es haben nur ein paar Studierende, die ohne Tageslichtverschmutzung ihr Katerfrühstück einnehmen, French Toast und lauwarmes Porridge geordert.

Wann man hier im Café die Spitzenkandidatin der Grünen treffen könnte, wollen wir wissen. „Ich wusste nicht einmal, dass hier überhaupt Politiker verkehren“, antwortet der freundliche Kellner. Ja, das tun sie! Aber sehr diskret. Um in inspirierender Umgebung zu diskutieren, wofür im nahen Rathaus keine Zeit bleibt. Und das Café der Provinz bietet – mal abgesehen von der kurzen Gehdistanz – für politische Spitzenspersonal ein weiteres unschlagbares Feature: kein Handyempfang in den hinteren Räumen.

Sollten sie trotz aller Diskretion in dem Josefstadter Bistro beobachtet werden, müssten die Politikerinnen und Politiker keinen Shitstorm fürchten. Die Atmosphäre ist boboschick (glutenfreie Crêpes und Gartenbau-kino-Plakate), aber nicht posh. Und der Bio Côte du Rhône auf der Karte ist nicht so exklusiv, dass ihn ein Weinkenner wie der Ex-Kanzler und Nunmehr-Lobbyist Alfred Gusenbauer als Gastgeschenk für René Benko (aktuell ebenfalls in der Josefstadt) in Erwägung gezogen hätte. Bei derart moderaten Getränkepreisen darf eine politische Debatte hier also auch Compliance-verträglich länger dauern.

Wird in Wiener Wirtshäusern und Cafés nach wie vor von früh bis spät Politik gemacht, wie Anfang des 20. Jahrhunderts, zur Hochblü-

te der Kaffeehausliteratur? Oder hat die Volksvertretung nicht mittlerweile genauso wenig Zeit für den Mittagstisch wie das Volk selbst? Es scheint sehr wahrscheinlich, dass sich Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) auch nur schnell vorm Büro-PC eine Pferdeleberkässemel reinpfeffert wie unsereins und sich für Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos) nur die gesunde Jause vom Billa ausgeht.

Bühne für politischen Diskurs

Fragt man Gert Kunze, dann bleibt der Stadtpolitik noch ausreichend Zeit, ins Kaffeehaus zu gehen. Sein eigenes, das Café Eiles, erlebt als Bühne für den politischen Diskurs gerade eine neue Blütezeit. „Die Notwendigkeit für einen informellen Raum, wo man diskutiert und der nicht das eigene Arbeitsumfeld ist, war immer wichtig“, sagt Kunze. Das Eiles zählt zu den Institutionen des politischen Wien und liegt noch ein Stück näher am Parlament und am Rathaus als das Café der Provinz. Und anders als dort bespricht man im Eiles alles wie auf einem Präsentierteller. Die Gäste sitzen zwar in plüschnigen Kojen, aber gerade der Flügel zur Landesgerichtsstraße hin ist über die Reihen hinweg gut einsehbar. Und belauschbar! Während man leise auf dem Laptop tippt, kann man gut hören, was drei Mar-mortische weiter besprochen wird.

Jörg Haider (FPÖ) habe 2002 hier seinen geheimen Pakt mit Wolfgang Schüssel (ÖVP) geschlossen, um den FPÖ-internen Machtkampf mit der damaligen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer zu gewinnen. Aber das wieder weiß Gastronom Kunze auch nur vom Hörensagen; er ist erst seit dreizehn Jahren im Eiles.

Was er allerdings selbst erlebt hat: „Wie die Grünen und die Türkisen zum ersten Mal hier aufeinandergetroffen sind.“ 2019 war das, vor der Regierungsbildung der beiden Parteien hätte es enorme Differenzen gegeben. Die wollte man in diesem Rahmen ein wenig entspannter angehen. Ein Café sei halt ein neutraler Boden – und der würde seit dem Ende der Pandemie von der Politik förmlich gestürmt, sagt der

Gastronom. Man nehme nur die Koalitionsverhandlungen der letzten Zeit, die längsten der Republik. Da habe er an den Gesprächen, die die vielen Politikerinnen und Politiker im Eiles geführt haben, schon früher als viele andere ablesen können, welche Varianten gleich zum Scheitern verurteilt waren – und welche eine zweite Chance bekommen würden.

Ins Eiles kommen Politikerinnen und Abgeordnete aller Parteien, mit Ausnahme vielleicht der Freiheitlichen, die andere Lokale vorziehen. Auch ehemalige und amtierende Bundespräsidenten zählen zu den Gästen. Die Dritte Nationalratspräsidentin Doris Bures isst hier gern zu Mittag. Ex-Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) kehrte nach dem Scheitern seiner Regierungsverhandlungen ein, und Grünen-Chef Werner Kogler kommt seit dem Ausscheiden aus der Regierung fast täglich.

Rüge vom Bürgermeisterbüro

Er selbst sei ein politischer Mensch, meint Cafetier Kunze, und auch ein zu Scherzen aufgelegter. Kogler habe er beispielsweise um einen Heizkostenzuschuss angehaut, weil der Grüne sein Büro so häufig ins Eiles verlegt. Die bissig-goscherte Art habe ihm sogar schon eine Rüge vom Büro des Wiener Bürgermeisters eingebracht: „Man ließ mir ausrichten, ich solle meinen Bürgermeister ehren und nicht immer so frech sein.“ Auch das natürlich augenzwinkernd – es ist halt Wien, da rennt der Schmäh.

Oft, sagt Kunze, werde er positiv überrascht von Politikern, deren politische Haltung zwar nicht der seinen entspreche, die aber privat höchst unterhaltsam und aufgeschlossen seien. Umgekehrt war er auch schon enttäuscht, wie beleidigt manche Mitglieder von Parteien, die ihm politisch eigentlich näherstehen, auf Debatten oder Scherze reagieren.

Er sei ein guter Zuhörer und ein noch viel besserer Netzwerker, meint der Cafetier, der deshalb sogar unter die Podcaster gegangen ist. Unter den bisher 41 Folgen von „Eiles und die Abenteuer des Lebens“ finden sich Gespräche mit der Ministerin für Europa, Integration

und Familie, Claudia Plakolm (ÖVP), dem Staatssekretär für europäische und internationale Angelegenheiten, Sepp Schellhorn (Neos), oder Norbert Nemeth, dem Klubdirektor des freiheitlichen Parlamentsklubs. „Dass ich die Leute in meinem Podcast ausreden lasse, wird manchmal missverstanden. Die FPÖ hat mir nach der Aufnahme deshalb gleich die Mitarbeit angeboten“, ist Kunze amüsiert. Er politisiert gern, aber politisch vereinnahmen lassen will er sich dann doch nicht.

Die kleine Elefantrunde

Während des Tippens dieser Zeilen kurz vor Mittag im Eiles lassen sich keine Volksvertreter blicken. Ein paar Tische weiter sitzt eine Journalistenkollegin (wenigstens dieses Klischee lässt sich fast immer bestätigen) und führt ein Interview. Ein bekannter Schauspieler ist auch da, politisiert und polemisiert mit einem Freund, ein weiterer setzt sich dazu. Aber gilt das schon als Elefantrunde?

Wir sind ein wenig enttäuscht. Auch in der beim nahen Parlament gelegenen Cantina Friulana, wo die Neos gern zu Mittag essen und die Grünen am Abend, ist an diesem Tag und zu dieser Zeit noch nicht viel los – genau wie in der Weinbar Vino hinter dem Rathaus, wo die Mitglieder aller Fraktionen öfters auf einen, zwei, drei und, so hört man, gerne auch mal mehr After-Work-Drinks einkehren.

Zurück ins Eiles, wo seit dem Platzen der Regierungsergebnisse von ÖVP und FPÖ eine besondere Atmosphäre herrsche, ortet zumindest Polit-Seismograf Kunze: „Ich habe in dreizehn Jahren noch nie so eine ruhige, angenehme Phase wie jetzt erlebt, in der wieder kultiviert diskutiert und weniger polarisiert wird.“

Mal angenommen, der politische Diskurs im Wiener Kaffeehaus würde immaterielles Welterbe. Was wäre daran schützenswert? „Man hat unterschiedliche Meinungen, trifft sich aber genau deshalb zum Austausch hier“, sagt Kunze. Da sollte man doch fast einen Antrag einbringen. Die dafür Zuständigen säßen jedenfalls schon hier.